

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Böhmen, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Ungarn, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ mit „Gedanken und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareilleweite 80 Pfennig. Reklameweile 1.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fortgedruckte Wort 20 Pfennig (zwei fortgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Herren Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 13. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertikaldruck: Berlin 37 538 - Druckort: Kauf der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollfr. 45; Distrikts-Gesellschaft, Popelitenstraße 2.

Kabinett Luther gestürzt.

Annahme des demokratischen Mißbilligungsantrags. - Gesamtdemission des Kabinetts vom Reichspräsidenten angenommen.

Der Reichstag nahm gestern nachmittags den demokratischen Mißbilligungsantrag gegen den Reichskanzler an. Es wurden 176 Ja-Stimmen der Demokraten, der Sozialdemokraten und Kommunisten und 146 Nein-Stimmen des Zentrums, der Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgegeben, während sich 103 Abgeordnete der Deutschnationalen und der Völkischen der Stimmen enthielten.

Das Kabinett trat daraufhin zu einer Sitzung zusammen und beschloß nach einstündiger Beratung, dem Reichspräsidenten seine Gesamtdemission zu überreichen. Der Reichspräsident nahm die Demission an und beauftragte, wie üblich, den Reichskanzler und die Reichsminister mit der Weiterführung der Geschäfte. Dr. Luther teilte dem Reichspräsidenten mit, daß die Minister dazu bereit seien, bat aber im Hinblick auf die Tatsache, daß sich der Beschluß des Reichstags ausdrücklich auf ihn selbst bezogen hätte, um alsbaldige Entbindung vom Amte.

Die kurze Debatte des gestrigen Tages brachte eine scharfe Kampfanlage des Demokraten Koch gegen den Reichskanzler und als rhetorischen Höhepunkt eine Rede des Gen. David. Anderes war weniger erheblich. Das gilt besonders von den Erklärungen, die Herr Kälz und Herr Luther zum Schluß abgaben. Sie waren matt und angesichts der ganzen Situation völlig bedeutungslos. Die Regierung Luther hat es nicht verstanden, in Schönheit zu sterben.

Nach der Erklärung des Grafen Westarp, daß sich die Deutschnationalen bei allen Abstimmungen der Stimme enthalten würden, ließ es sich bequem ausrechnen, daß es beim demokratischen Mißbilligungsantrag zum Klappen kommen würde. Der völkische und der sozialdemokratische Mißtrauensantrag, die zunächst dran kamen, wurden abgelehnt, weil die Demokraten zusammen mit den anderen Mittelparteien gegen sie stimmten. Die Demokraten hatten ihren Beschluß, einen eigenen Mißbilligungsantrag zu stellen, mit knapper Mehrheit, mit 16 gegen 13 Stimmen gefaßt. Daß sie für einen Antrag stimmen könnten, der von einer anderen Partei gestellt war und der sich direkt oder indirekt gegen ihre eigenen Minister richtete, schien ihnen unmöglich.

Erst als ihr eigener Mißbilligungsantrag zur Abstimmung stand, gingen die Demokraten zu denen über, die gegen die Regierung kämpften, und so wurde die parlamentarische Niederlage des Reichskanzlers herbeigeführt.

Die Mehrheit, die den Reichskanzler stürzte und damit die Gesamtdemission der Regierung herbeiführte, war mit ihren 176 von insgesamt 425 Stimmen nur eine relative, keine absolute Mehrheit. Abgesehen davon, ist sie auch schon deshalb nicht regierungsfähig, weil sie aus Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten besteht. Die Kommunisten sind zwar dabei, wenn eine Regierung gestürzt wird, aber die Sorge um das, was nachkommt, überlassen sie gern den anderen.

Die Minderheitskoalition der Mitte, die die Grundlage des Kabinetts Luther bildete, fiel vollkommen auseinander. Die Volkspartei ging nicht mit dem Zentrum konform, und beide stimmten gegen den Antrag der Demokraten. Da dieser mit den Stimmen der Linken angenommen wurde, entfiel die Abstimmung über einen Zentrumsantrag, der gleichfalls, wenn auch in milderem Worten, das Verhalten der Regierung mißbilligte, denn aber die Volkspartei, wäre es zur Abstimmung gekommen, gleichfalls abgelehnt haben würde.

Auf der anderen Seite aber wurde ein Antrag der Demokraten, der sich mit der Anregung des Reichspräsidenten, eine Einigung in der Flaggenfrage zu suchen, einverstanden erklärt, von den bisherigen Regierungsparteien geschlossen angenommen, während Sozialdemokraten und Kommunisten gegen ihn stimmten und die Deutschnationalen auch hier wieder sich der Stimme enthielten.

Angesichts dieser Abstimmungsverhältnisse wird man sich klar über die Schwierigkeiten, die bei der Bildung einer neuen Regierung zu überwinden sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich für den Fall, der jetzt eingetreten ist, bereit erklärt, über die Bildung einer neuen Regierung zu verhandeln. Sie erkennt damit an, daß eine Partei, die am Sturz einer Regierung mitbeteiligt war, die Pflicht hat, sich auch um die Nachfolge zu kümmern.

Die Sozialdemokratie hat den Wunsch und den Willen, das parlamentarische System mit den Opfern, die

dazu notwendig sind, funktionsfähig zu erhalten. Denn ohne das parlamentarische System gibt es nichts anderes als ein Hineinrutschen in das persönliche Regiment, in die Diktatur und die Herrschaft der Bürokratie.

Die Enthüllungen des gestrigen Tages haben uns Gelegenheit gegeben, auf den Boden dieses Abgrundes zu blicken. Und so wenig wie wir die Neigung haben, die Bedeutung dieser Enthüllungen für den gegenwärtigen Augenblick zu überschätzen, so sehr möchten wir auch vor Unterschätzung warnen. Man kann nicht sagen, daß die geradezu nerotischen Wahnphantasien der Putschverordnung etwas Unmögliches sind, nachdem wir die Erfahrungen der politischen Meuchelmorde, der Feme und des Rapp-Putsches hinter uns haben.

Wir brauchen im Reich eine Regierung, die auf parlamentarischen Boden steht und die der preussischen Regierung hilft, der drohenden Gefahr Herr zu werden. Die Schaffung einer solchen Regierung ist schon an sich großer Opfer wert. Die Kommunisten, für die jedes Verhandeln

über die Bildung einer neuen Regierung verabscheuungswürdiger „Verrat“ ist, hätten gestern gewiß nicht so ungeführt auf der Straße demonstrieren können, wenn statt einiger sozialdemokratischer „Arbeiterverräter“ etwa Männer in der preussischen Regierung säßen, die den Verfassern der Putschverordnung geistig nahestehen. Die Verteidigung der Republik mit ihrem allgemeinen Wahl- und Stimmrecht, ihrem Recht der freien Rede, der freien Versammlung und Vereinigung ist eben doch etwas, worauf die Arbeiter in ihrem Interesse Gewicht legen müssen. Das begreifen die Kommunisten wahrscheinlich selber viel besser, als sie es öffentlich zugeben wollen, wenn aber nicht, dann können sie sich aus der geplanten Verordnung der Rechtsputschisten die nötige Aufklärung holen.

Die Bereitschaft der Sozialdemokratie, über die Neubildung einer Regierung zu verhandeln, bedeutet natürlich noch lange nicht den Eintritt in die neu zu bildende Regierung. Darüber ist man sich auf allen Seiten klar. Die Schwierigkeiten für das Zustandekommen einer Regierungs-

Militärische Kämpfe in Polen.

Nach einem Attentatsversuch auf Pilsudski marschiert Militär gegen die Regierung.

Das Ausscheiden der polnischen Sozialisten aus dem Kabinett Strypski, das die Folge der Nichterfüllung der sozialistischen Forderungen zur Sanierung der Staatsfinanzen war, hat zu einer langwierigen und an Zwischenfällen reichen Regierungskrise geführt, die nun endlich mit der Bildung des Rechtskabinetts Witos beendet zu sein schien. Allerdings hatten die Linksparteien, voran die Sozialisten, vor der Bildung einer so einseitigen Parteiregierung auf das stärkste gewarnt und sie geradezu als eine Provokation aller übrigen Parteien bezeichnet. Die Fähigkeit, das in schwerer Wirtschaftsnote leidende Polen zu sanieren, wurde einem solchen Kabinett von der Linken auf das entschiedenste abgesprochen. Als wenige Tage vor der Bildung des Kabinetts Witos der frühere Ministerpräsident Grablki eine Regierung zu bilden versuchte, die die Linksparteien gleichfalls scharf ablehnten, hatte Marschall Pilsudski beim Staatspräsidenten Wojciechowski durch seinen Einspruch diese Regierungsbildung zu Fall gebracht. Von einer eben solchen Voraktion Pilsudskis gegen das Kabinett Witos war nichts bekannt geworden. Nichtsdestoweniger ist die politische Stellung Pilsudskis bekannt genug, um jedermann das Zustandekommen der Regierung Witos als dem Willen Pilsudskis widersprechend erkennen zu lassen. Es hat daher in den letzten Tagen nicht an Demonstrationen gegen die neue Regierung und für Pilsudski gefehlt, um so weniger, als die Anhänger der Linken von der Regierung Witos die Einsetzung einer Rechtsdiktatur befürchteten.

Am Dienstag hatte nun Pilsudski im „Kurjer Poranny“ (Morgenkurier) eine Rundgebung gegen die Regierung Witos veröffentlicht. Darauf haben Rechtsradikale einen Ueberfall auf den Wohnsitz Pilsudskis bei Warschau versucht, was wohl als erster Akt der Rechtsdiktatur aufgefaßt wurde. Als die Nachricht von diesem, mit militärischen Mitteln unternommenen Ueberfall nach dem großen Truppenlager Rembertow, unweit von Warschau, gelangte, haben sich von dort pilsudskistfreundliche Truppen, angeführt von einem Hilferuf Pilsudskis, der Befehle seiner Villa, nach Warschau zu in Marsch gesetzt. Ueber diese Vorgänge liegen folgende Mitteilungen vor:

Die Entstehung des Warschauer Staatsstreichs.

Warschau, 12. Mai. (N.D.) Bereits im Verlaufe des Dienstags haben die Linksparteien in energischer Form gegen die neue Regierung Witos Protest erhoben. Marschall Pilsudski hatte in dem „Kurjer Poranny“ ein Memorandum veröffentlicht, in dem er seine Forderungen formuliert und gegen die Rechtsregierung Einspruch erhob. Daraufhin sammelten sich in den gestrigen Abendstunden vor der Villa Pilsudskis, die in einem Vorort von Warschau liegt, zirka 300 „Rechtsschüler“, Anhänger einer rechtsradikalen Vereinigung, und begannen das Haus des Marschalls zu beschließen. Als von dort um Hilfe telephoniert wurde, rückte sofort ein Pilsudski ergebendes Ulanenregiment aus Warschau

heran und vertrieb die Angreifer nach kurzem Kampfe. Auf die Nachricht hiervon sind nun im Verlaufe des heutigen Tages aus der ganzen Umgebung von Warschau sowie aus der Provinz

die Pilsudski ergebene Teile der Armee, insgesamt etwa 1 1/2 bis 2 Armeekorps, mit Artillerie, Flugzeugen usw. herangerückt und haben unter Führung Pilsudskis die Vorstadt Warschau, Praga, besetzt.

Auf der anderen Seite der Weichsel wurden schleunigst die regierungstreuen Truppen zusammengezogen, die aber vorläufig weit weniger stark sind als die an dem Staatsstreich beteiligten. Es sind im Verlaufe des Nachmittags zwischen Pilsudski und dem Staatspräsidenten Verhandlungen eingeleitet worden, in denen Pilsudski darauf hingewiesen hat, daß es lediglich der Ankündigung einer Rechtsregierung bedürfe, um sein Leben und Gut ernstester Gefahr auszusetzen. Die Verhandlungen sollen gegen 9 Uhr heute Abend zu Ende gehen. Die Stimmung geht darauf aus, daß Pilsudski im Augenblick wenigstens die Oberhand hat. Die telephonischen Verbindungen und Eisenbahnverbindungen mit einem großen Teil des Landes sind unterbrochen.

Telephonsperre!

Unser Versuch, das sozialistische Zentralorgan in Warschau anzurufen, scheiterte daran, daß nach Auskunft des Fernamts Verbindungen mit Warschau nicht hergestellt werden können, weil alle Leitungen gestört seien.

Pilsudski-Truppen in Warschau eingedrungen!

Auf Umwegen erfahren wir, daß Mittwoch Abend Teile der für Pilsudski marschierenden Truppen in Warschau einmarschiert seien. Zu dieser Zeit sollen die Regierungstruppen den Pilsudski-Truppen noch etwas überlegen gewesen sein.

Eine Darstellung der Regierung.

Warschau, 12. Mai. (W.Z.) Ueber die Militärrebellion wird noch bekannt: Hier dem Marschall Pilsudski ergebene, in Kielez und Siedlice garnisonierende Regimenter in der Stärke von 2000 bis 2500 Mann empörten sich gegen die Regierung und marschierten gegen die Hauptstadt. Sie stehen gegenwärtig im Militärlager von Rembertow unweit der Vorstadt Praga. Die Brücken zwischen Praga und Warschau sind gesperrt und von regierungstreuen Soldaten, Panzerwagen, Artillerie und Maschinengewehren besetzt. Das Ministerpräsidium ist durch eine Militärabteilung geschützt. Zwischen dem Staatspräsidenten und dem Marschall Pilsudski sind dem Bernehmen nach Unterhandlungen im Gange, die einen Bürgerkrieg verhindern sollen. Die Lage ist außerordentlich ernst, kann aber zurzeit noch nicht vollkommen überblickt werden.

Warschau, 12. Mai. (W.Z.) Die Regierung teilt mit, daß sie Herr der Lage sei. In der Stadt herrscht Ruhe und man nimmt an, daß der Zwischenfall vollkommen erledigt sei.

Konflikte mit der Sozialdemokratie sind gerade angesichts der gespannten Zeitverhältnisse außerordentlich groß. Welche Stellung würde diese Regierungskoalition z. B. im Klagenstreit einnehmen? Welche zur Frage der Fürstenernennung? Man braucht sich nur der vorangegangenen parlamentarischen Auseinandersetzungen zu erinnern, um zu erkennen, wie groß hier die Schwierigkeiten sind, von Fragen der Sozial-, Finanz- und Handelspolitik gar nicht zu reden! Aber wenn auf der anderen Seite die Absicht besteht, über die Überwindung dieser Schwierigkeiten zu verhandeln, so ist die Sozialdemokratie dazu bereit.

In welchem Maß diese Absicht besteht, wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen. Einstweilen sind Bestrebungen zu erkennen, die in einer ganz anderen Richtung gehen: nämlich zur Schaffung einer neuen Regierung der Mitte mit Anlehnung nach rechts oder auch einer Übergangsregierung, die im Amt bleiben soll, bis die Schwierigkeiten einer festen parlamentarischen Mehrheitsbildung behoben sind.

Unter diesen Umständen konnte die Führungnahme, die gestern Abend noch zwischen Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie stattfand, keine greifbaren Ergebnisse zeitigen. Nur eins ist gewiß: Nachdem die Sozialdemokratie ihre Bereitschaft zu Verhandlungen zu erkennen gegeben hat, liegt die Verantwortung für das Kommen auf den Parteien der Mitte, das heißt vor allem auf dem Zentrum und den Demokraten. Wäre bei diesen Parteien der feste Wille vorhanden, eine republikanische Regierung zustandezubringen, so würde sich auch der Weg zu ihr finden und die Möglichkeit für sie, sich parlamentarisch zu behaupten. Fehlt dieser feste Wille, dann sieht man freilich nur Verlegenheitszwischenlösungen, an deren Ende vielleicht die Auflösung des Reichstages steht.

### Empfänge beim Reichspräsidenten.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet: Am Donnerstag wird der Reichspräsident zunächst den Reichstagspräsidenten, dann den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und anschließend die Führer der Regierungsparteien und der deutschnationalen Fraktion empfangen. Vor Freitag nachmittag dürfte ein Antrag zur Neubildung der Regierung nicht erteilt werden. Persönlich soll der Reichspräsident die Absicht haben, den früheren Reichsminister des Innern und jetzigen Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, mit der Neubildung der Regierung zu betrauen. In unerrichteten Kreisen wird auch davon gesprochen, daß der Reichspräsident die Absicht hat, dem Reichswehrminister Dr. Gessler einen Auftrag zur Bildung der neuen Regierung zu erteilen.

Herr Jarres und Herr Gessler sind beide mit starkem Mißtrauen der Sozialdemokratie belastet. Im übrigen dürfte der Reichspräsident kaum Entschlüsse fassen, solange er nicht die Parteien gehört hat.

### Luthers Ende.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat, wie an anderer Stelle schon gemeldet, den Reichspräsidenten gebeten, ihn alsbald von der Führung der Geschäfte zu entbinden, zu deren er nicht mehr zurückkehren wird. Denn eine Wiederberufung ist nach den Ereignissen der letzten Tage unmöglich, und Herrn Luthers politische Laufbahn ist wohl überhaupt abgeschlossen.

Dr. Hans Luther, ein geborener Berliner, hatte sich der kommunalpolitischen Laufbahn zugewendet und war Oberbürgermeister von Essen, als ihn der Reichskanzler Cuno im Januar 1923 als Ersatz für den bekannten Herrn Müller-Bonn an die Spitze des Ernährungsministeriums berief. Luther blieb Ernährungsminister auch im Kabinett Stresemann, bis er nach dem Rücktritt des Genossen Hilferding Finanzminister wurde. Als solcher gehörte er auch noch dem Kabinett Marx an, nach dessen Sturz er noch vom Reichspräsidenten Ebert Mitte Januar 1925 zum Reichskanzler ernannt wurde. Man kann heute sagen, daß diese Ernennung dem ersten Reichspräsidenten nicht leicht geworden ist.

Aber die damalige Situation bot keine andere Möglichkeit als die Bildung einer Rechtsregierung mit Luther an der Spitze, der wenigstens in der Außenpolitik zuverlässig war. Nach dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung betraute ihn Reichspräsident v. Hindenburg mit der Bildung eines neuen Kabinetts, das sich auf die Mitte stützte. Luther selbst hat diesem Kabinett keine lange Lebensdauer zugetraut. Am Tage seiner Wiederernennung äußerte er halb humoristisch, daß er wohl am 13. Mai d. J. stürzen werde; er habe das „so im Gefühl“. Luther ist nun einen Tag früher gestürzt, als er es erwartet hatte.

Jetzt wird sich der kaum Siebenundvierzigjährige wahrscheinlich wieder dem Gebiet der Verwaltung zuwenden, auf dem er zu Hause ist. Schon vor seinem Sturz wurde er als möglicher Nachfolger des franken Deser im Direktorium der Reichsbahn genannt. Sein Ausflug in die Politik ist beendet.

## Verbot der Putschverbände.

### Beschlagnahme der Vermögen.

Ämtlich wird gemeldet: Der preussische Minister des Innern hat auf Grund der §§ 14 Absatz 2 und 19 Absatz 2 in Verbindung mit dem § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 den Verein „Olympia, deutscher Verein für Leibesübungen e. V.“ in Berlin verboten und aufgelöst. In der Begründung wird angeführt, daß der Verein entgegen seinen vorgeschätzten sportlichen Zwecken in Wirklichkeit ein militärisch organisiertes und durchgebildetes Kampferband ist. Insbesondere ist auch festgestellt worden, daß der Führer der Olympia, Oberst a. D. von Lud, wie ein militärischer Aufmarschplan für die Kampferbände beweist, im „Erasfalle“ gewillt war, die von ihm geleitete Organisation gegen die Reichshauptstadt zu führen.

Ferner wird auf Grund der §§ 44 Absatz 2 und 19 Absatz 2 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik der Wehrbund Ostmark, deutschnationaler Jugendbund e. V., mit dem Sitz in Frankfurt a. d. O., mit allen seinen Kreisverbänden und Ortsverbänden für den Bereich des Freistaats Preußen aufgelöst und verboten. Der Bund ist gleichfalls nachweisbar als militärischer Kampferband anzusehen, dessen Mitglieder in geschlossenen militärischen Formationen zusammengefaßt und nach militärischen Dienstgraden eingeteilt wurden. Die Mitglieder, die auch Uniform tragen, werden in der Handhabung des Militärgewehres Modell 98 praktisch unterwiesen und halten Schießübungen ab. Der Bund verfolgt staatsfeindliche innerpolitische Zwecke in der Richtung einer Untergrabung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform.

Endlich wird auf Grund der gleichen Gesetzesbestimmungen der Bund „Wiking“ mit allen seinen Bezirken, Sektionen und Ortsgruppen einschließlich sämtlicher Organisationen des „Jung-Wiking“ für den Bereich des Freistaats Preußen verboten und aufgelöst. Der Bund stellt sich gleichfalls als militärisch organisiertes und durchgebildetes Kampferband dar, der eine Fortsetzung der verbotenen Brigade Ehrhardt ist und dessen Mitglieder Waffen besitzen. Der Bund ist gewillt, sein monarchistisches Programm mit Gewalt durchzusetzen, um die bestehende Staatsform zu beseitigen.

Das Vermögen der drei genannten Organisationen wird zugunsten des Reiches beschlagnahmt. Diese Vermögensbeschlagnahme gründet sich auf § 18 des Gesetzes zum Schutze der Republik.

### Unschuldslämmer.

Die deutschnationale Presse ist begreiflicherweise sehr ungeduldi über das Vorgehen der Polizei und der Staatsregierung gegen die Putschistenverbände. Sie eröffnet ein Trommelfeuern zur Verteidigung der „vaterländischen“ Sportklubs, die so harmlos ihre Kleinfahrübungen abholen, während Reichsbanner und andere Demonstrationen nicht einmal Städte mitführen dürfen. Sie weiß natürlich gar nichts von Putschplänen, sie kennt nur die schwarze Seele Severings,

der die ganze Aktion nur eingeleitet haben soll, um die demnächst, wahrscheinlich zu Pfingsten, beginnende kommunistische Reichsbanner-Revolution zu ermöglichen. . . !

So ungefähr kann man es in der „Deutschen Zeitung“ des Wiking-Sodenstern und in der Hugenberg-Presse mit mehr oder weniger Witz niedergelegt finden. Und naive Leser dieser Blätter werden es wahrscheinlich glauben, daß die Herrschaften kein Wasserchen trüben können. Wen rührt nicht etwa der Stoßseufzer des Hugenberg-„Lokal-Anzeigers“:

Bis zum Beweise des Gegenteils wird man auch diesmal annehmen dürfen, daß selbst noch so rechtsradikale Kreise nicht daran gedacht haben, irgendwelche ungesetzlichen Maßnahmen gegen den Staat oder gegen politische Gegner ins Werk zu setzen. Es versteht sich von selbst, daß, wenn diese Annahme sich als trügerisch herausstellen sollte, in der Verurteilung ungesetzlicher und verbrecherischer Unternehmungen alle Anhänger einer friedlichen Fortentwicklung unserer innerpolitischen Zustände ohne Unterschied des politischen Glaubensbekenntnisses übereinstimmen würden.

Das klingt sehr friedlich. Aber es ist nicht daraus zu entnehmen, ob nun auch die „Lokal-Anzeiger“-Leute selbst zu den „Anhängern einer friedlichen Fortentwicklung“ gehören, zumal doch der Inhaber der Scherl-Betriebe, Hugenberg, in erster Linie als einer der Putschisten genannt wird.

Außerdem aber will man bei Hugenbergs augenscheinlich vergessenen machen, daß Kapps Pressescheß, Harnisch, zu den Leitartiklern des „Lokal-Anzeigers“ und der übrigen Hugenberg-Blätter gehört. Will man weiter vergessen machen, daß Hugenberg einen seiner Reisejournalisten zum Hitler-Ludendorff-Kahr-Putsch nach München sandte, daß dieser von der Bürgerbräuerrevolution alle Einzelheiten telephonieren konnte, während ganz Deutschland von dem Ausbruch des Putsches gerade an diesem Tage überrollt wurde. Damals wußte die Hugenberg-Presse von jeder Einzelheit der Vorbereitungen und pries die „Persönlichkeiten“ des Bräurummels in allen Tönen. Heute weiß man zwar wieder nichts, „am Tage danach“ aber dürfte der „Lokal-Anzeiger“ um so lauter die Diktatoren preisen, die „das gereinigte Deutschland“, um mit Claf zu reden, wieder der Hohenzollernherrschaft zuführen wollen. Hugenberg weiß, weshalb er statt Krupp-Aktien das Scherl-Papier gekauft hat.

### Der Aufmarschplan.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die gestern erfolgte vorläufige Festnahme des Führers des Sportvereins „Olympia“ Major a. D. v. Lud, ist auf Grund des folgenden Schriftstückes vorgenommen worden, das in dem Schreibstisch des Herrn v. Lud gefunden wurde.

### Grundsätze für den Aufmarsch.

Sammelplätze dürfen nicht allen Mitgliedern bekannt gegeben werden, da mit Verrat aus Angst oder Weichsinn zu rechnen ist. Mitteilung an die Führer erfolgt am besten in verschlossenem Umschlag, der erst im „Erasfalle“ zu öffnen ist. Wie weit diese Mitteilung an die unteren Führer zu machen ist, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. Grenze bei dem Führer, der auch unter schwierigen Verhältnissen noch in der Lage ist, einen bestimmten Bezirk zu beaufsichtigen. Den Mannschaften ist mitzuteilen, bei wem sie Sammelplätze des „Erasfalles“ zu erfragen haben.

Die Sammelplätze müssen grundsätzlich außerhalb der Stadt liegen. Im Süden erscheint die Linie Bahnhof Grunewald, Dahlem, Lichterfelde, Buckow, Rudow geeignet zur Versammlung der südlich der Spree liegenden Teile. Besonderer Überlegung bedarf die Sammlung der Mannschaft aus Gegend Charlottenburg, da diese Gegend ungünstig zwischen Berlin und Spandau eingeklemmt liegt. Es kommt in Betracht: Entweder seitliches Ausweichen auf Bahnhof Grunewald oder Versammlung in Westend und

### Zerstörung der Straßen von Spandau.

Erst bei Anrücken überlegener Kräfte ist nach Süden auszuweichen. Da aus den nördlichen Teilen der Mark, aus Mecklenburg-

## Ballettabend in der Städtischen Oper.

### Der Tanz.

Das alte Ballett bietet als „Zweckkunst“ gegenüber dem modernen Tanzspiel mancherlei Vorteile. Es verfügt über einen sicheren Fundus an Ausdrucksmitteln, die sich in einer Jahrhunderte alten Bühnentradition gefestigt, kultiviert und nuanciert haben. Tritt an den Ballettmelster die Aufgabe heran, für eine bestimmte Oper Tanzszenen oder Tanzbegleitungen zu schaffen, so wird er in der Regel nur in seine Vorratskammer zu greifen brauchen, um das für den Fall Geeignete zu finden. Die Fülle der zur Verfügung stehenden Tänze und Tanzszenen ist fast unerschöpflich und die Einförmigkeit relativ mühelos, da die zur Produktion nötigen Kunstmittel bis in alle Einzelheiten gegeben sind und die Technik jedem Mitwirkenden geläufig ist.

Der Vektor einer modernen Theateranzuggruppe hat mit ungleich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Für ihn gibt es keine Tradition, keine gebräuchlich fertigen Tänze, keine feststehenden, erprobten Ausdrucksmittel, auf deren Wirkung er sich für alle Fälle verlassen kann, und keine allgemein bekannte, anerkannte und sicher fundierte Technik. Jede ihm gestellte Aufgabe zwingt ihn zu einer fundamentalen Neuschöpfung. Er kann in seine Vorratskammer greifen, er muß den gesamten Bau von Grund auf selbständig entwerfen und errichten. Jede Komposition ist in allen Einzelheiten sein persönliches Werk, jede Einförmigkeit trägt mehr oder weniger den Charakter des Experiments und — da die zur Verfügung stehende Vorbereitungszeit in der Regel sehr knapp bemessen ist — den des Improvisierten. Moderne Tanzgruppen, die in jeder Leistung nur schlechthin Vollkommenes bieten wollen, wie etwa die Wigman-Gruppe, sind für die Zwecke des täglichen Tagesbetriebs daher kaum verwendbar. Sie arbeiten unter anderen Bedingungen. Die übrigen sehen sich auf Schritt und Tritt zu Kompromissen gezwungen und es wäre unbillig, an ihre Tagesleistungen die höchsten künstlerischen Maßstäbe legen zu wollen.

Das die seit dem vorigen Herbst bestehende Tanzgruppe unserer Städtischen Oper bisher unter dem fatalen Zwange des Tagesbetriebs hat produzieren müssen, ist aus den angegebenen Gründen von uns unerwartet geblieben. Es konnten nur Gelegenheitsleistungen sein, deren Gelingen stets mehr oder weniger vom Zufall abhängig sein mußte. Jetzt aber, am Schluß der Saison, wird etwas geboten, was gewissermaßen als Reifeprüfung gelten kann. Ein Ballettabend, bei dem der Tanz nicht Begleitung und Unterfütterung der Musik, sondern Haupt- und Mittelpunkt, Zweck der Veranstaltung ist. An dieser Schöpfung konnte man mit Ruhe und Sorgfalt arbeiten. Sie muß daher offenbaren, wessen die Leiterin Lizzie Krauß und das von ihr gebildete und geschulte Korps fähig ist.

Drei Werke wurden gestern gezeigt: Die „Rufnacker-Suite“ von Tschalkowsky, die „Tanz-Suite“ von Couperin in der Bearbeitung von Richard Strauss und die Tanz-Romantique „Der große Krug“ von Alfredo Casella (nach Pirandello).

Was zunächst mit zwingender Deutlichkeit zutage trat, war die Tatsache, daß es sich hier überhaupt nicht um eine Tanzgruppe im modernen Sinne handelt. Die Gruppe der Städtischen Oper

ist ein, wenn auch etwas verhämt auftretendes, Ballettkorps. Daran ändert nichts die Mitwirkung einiger aus der Wigman- und Triump-Schule hervorgegangener Künstler und Künstlerinnen. Daran ändert auch nichts der gelegentliche Verzicht auf den Ballettschuh und die Einführung moderner Schwünge, Rhythmen und Bewegungstypen. In einem Dreitanz der „Rufnacker-Suite“ zeigte das Zusammenwirken zweier moderner Künstler mit einer Spitzentänzerin, daß aus solchem Ensemble interessante Wirkungen zu erzielen wären. Nur muß das Ensemble ein organisches Gebilde sein, nicht ein Chaos aus widerstrebenden und auseinanderfallenden Elementen. Was die Tanzgruppe der Städtischen Oper bot, war aber fast durchweg ein stilles Gemisch. Ballett mit Fremdkörpern. Überdies ein sehr mangelhaftes Ballett. Solche — längerlich — laden Spielereien, wie die „Tanz-Suite“ und den „Großen Krug“ läßt man sich allenfalls gefallen, wenn sie mit dem ganzen Raffinement der alten Ballettdienst gegeben werden und in der Komposition der Einzelzonen choreographische Phantasie beinhalten. Hier fehlten diese mildernenden Umstände. Kneinanderstören triebaler Bewegungsrhythmen. Einziges Abrollen ungegliederter und ungegliederter Massenzugungen, die auf die Dauer bleierne Langeweile erzeugen mußten. Kein origineller Einfall, kein Stil, kein Schmuck, kein Witz, kein Ziel. Gegenüber diesem katastrophalen Gesamteindruck erübrigt es sich, auf Details einzugehen.

Die Tanzgruppe der Städtischen Oper hat ihre Reifeprüfung gestern nicht bestanden. Eine durchgreifende radikale Reorganisation dieses Korps an Haupt und Gliedern ist dringende, zwingende Notwendigkeit.

### Die Musik.

Das Persönlichste in der Musik der drei Balletts ging vom Orchester Tschalkowsky aus. Die „Rufnacker-Suite“ ist eine grazios fließende Unterhaltung, in der das Französisch-eigante durchdringt wie das Russisch-tänzerische. Die Spielhofen-imitation ist allerliebste, Wäher und Schalkenssemble geben einer wirklich schöpferischen Tanzphantasie üppige Anregung. Das Sittliche der Melodie padt und zündet. In Straußens „Tanz-Suite“ ist von solcher sinnlichen Note kaum mehr etwas zu spüren. Sie nimmt Wesen des großen Franzosen Couperin so wichtig und breit, als seien sie nicht für ein Spielhofeninstrument geschaffen. Die sogenannten kontrapunktischen Feinheiten stören eher als daß sie erfrischen. Eine Ronotomie der anständigen Gesinnung und des französischen Tanzstils ist hier festgehalten und konserviert, ohne daß sie Mut und Laune betämen, das Alte aus dem 18. Jahrhundert noch einmal für uns aufzuwecken. Gavotte, Menuette, Pavane — darf man verraten, daß all dies auch unter der Flagge Strauß sehr langweilig werden kann? Wertwüdig leblos wurde zudem im Orchester mufiziert. Da hatte es Casella mit seiner Komödie wesentlich besser. Hier gibt Pirandellos Spiel doch zahllose Pointen ab, die gerade aus dem Tanz heraus geboren sind. Casella zeichnet den Charakter des Buffigen, das Temperament des Gutsbesizers, die Zierlichkeit der Tochter deutlich und musikalisch anspendend. Im Bauernsitz das Grotteste, im unglücklichen Topf-sitzer das Behmütige, im Volk das Ausgelassene, im Wondensglanz das ruhig Flackernde — all das gibt ein feines Instrumentenensemble lebenswahr wieder. Und ein sizilianisches Volkslied läßt den Atem Italiens mild ausströmen. Überall Bewegung,

Rhythmus, motivisch zeichnende Arbeit — sie brauchte nur belauscht, ins Körperhafte umgelegt zu werden.

Nach dem Russen, dem Franzosen, dem Italiener, endlich der gute Deutsche. Sorhings „Operprobe“ hat eine Duvertüre, wie Mozart durch eine Bürgerlichkeit dividiert. Lieb, fed, springend und witzig ist das ganze parodistische Element dieser Selbstpersiflage. Das ganze Opernmetier scheint sich in seiner Eitelkeit zugleich zu piegen und zu blamieren. Das Rezitativduett, ein Couplet der Kammerzofe und ein sehr schmuckes Septett sind, wenn auch mit der linken Hand geschrieben, doch nicht zu verachten. Ein Spaß, gedacht für Dilettantenbühnen und auf die großen Humore solcher Spieler eingestellt, die imstande sind, Stimme und Geste auch in der Verzerrung noch künstlerisch zu realisieren. Bötai, Heger, Kandi geben davon einen Vorgeschmack. Auch Magarete Thal-Wallerstein war noch kein Ideal einer Kammerzofe. Betrachten wir die ganze Aufführung zunächst noch als „Operprobe“.

### Kurt Singer.

Die Bühnenleiter gegen den Rundfunk. Bei der Kieler Tagung des Deutschen Bühnenvereins wurde unter anderem auch beschlossen, einen energischen Vorstoß gegen den Rundfunk zu unternehmen. Namentlich wie einst in den Anfängen des Films beabsichtigt man den Versuch eines Verbotes der Mitwirkung angelegelter Bühnenkünstler bei Rundfunksendungen. Hierdurch werden natürlich die Interessen sowohl der Schauspieler wie der Rundfunkbesitzer auf stärkste berührt; von den Schauspielern wird andererseits schon jetzt Klage darüber geführt, daß namentlich an größeren Provinztheatern vielfach die Vorstellungen geschlossen zur Rundfunksendung abgegeben werden, ohne daß die Mitwirkenden dabei materiell beteiligt sind. Neben diesem Vorstoß beabsichtigt der Bühnenverein auch gegen die Dilettantentheater in der Weise vorzugehen, daß die von den Bühnen angenommenen Stücke für die Aufführung durch Dilettantenbeater, dramatische Vereine usw. gesperrt werden.

300 Jahre New York. Der Gründer dieser jetzigen Kleinstadt stammte aus Besele. Ein Sohn der deutschen Stadt Besele hat vor 300 Jahren den Grundstein für das heutige New York gelegt. Er hieß Peter Minuit und war damals Direktor der Niederländisch-Westindischen Kompanie. Aus diesem Anlaß hielt der Stadtrat von Besele jetzt eine Ehrenkennung ab, in welcher der Bürgermeister die Tatsache, daß ein Beseleer New York gegründet habe, hervorhob. Nebenbei sei bemerkt, daß Peter Minuit ein guter Geschäftsmann gewesen sein muß, denn er zahlte den Indianern für den gesamten Grund und Boden des heutigen New York damals nur Waren im Werte von — 24 Dollar!

James Klein ohne Konzession. Der Bezirksauslaß Berlin hat am 11. Mai auf Antrag des Berliner Polizeipräsidiums dem bisherigen Leiter der Berliner „Kommischen Oper“ die Konzession entzogen, da er in ausserordentlichem Maße die Konzession nicht mehr als zuverlässig anerkannt werden könne.

Verbreitung der Lepra in Rußland. Nach Meldungen aus Moskau breitet sich die Lepra in Rußland stark aus, vor allem in den Gebieten am Kaspischen Meer und weiter östwärts. Aus der Ukraine werden fünfzehntausend neue Fälle von Auslag gemeldet.

# Streikabbruch in England.

## Ein ehrenhafter Vergleich.

Ost und Pommern mit Eintreffen von Verstärkungen zu rechnen ist, so ist es günstig, wenn die Berliner Kräfte vorwiegend südlich Berlin bereit gestellt werden an obgenannter Linie; auf diese Weise wird ein konzentrischer Angriff vorbereitet. Diese Veranlassung ist auch deshalb günstig, weil die südlichen Vororte vorwiegend bürgerliche Bevölkerung haben. Ich möchte deshalb vorschlagen, alles an südliche Linie Köpenick, Spree bis Lehrter Bahnhof, Hohenzollern-Kanal nach Süden zu veranlassen.

Spandau wird zweckmäßig östlich der Havel (vielleicht Rennbahn Brunenwald oder Schildhorn) veranlassen. Sollte der Weg über die Brücke östlich Spandau gesperrt sein, so Ausweichen westlich der Spree auf Galow, wo Uebersehen möglich sein wird.

Für die Sammelplätze ist zu fordern: Geschlossene Unterbringungsstätten in großen Gebäuden mit Kochgelegenheit. Belegung von Privathäusern braucht an und für sich nicht gescheut zu werden. Die Gebäude müssen sicher zu bezeichnen und zu finden sein, Fernsprechverbindungen vorhanden sein. Das etwaige Hiniausziehen der Verbände aus Berlin

muss in Uebereinstimmung mit der R.W. erfolgen. Es darf also z. B. nicht vorkommen, daß R.W. in Roabit bleibt und die Verbände hinausmarschieren. Ein direkter Anschluß an die R.W. kann nur von den oberen Führern angeordnet werden. Beim Marsch zur Versammlung ist gefordert: Requirieren von Fahrrädern und Kraftwagen, nicht von Autos.

Gebanlich ist vorzubereiten: Durchführung der Kriegsgliederung nach der Versammlung, d. h. Zusammenfassen der einzelnen Verbände. Hierzu Einleitung von Meldebaustellen, über welche die höheren Führer zu erreichen sind. Alle Mannschaften bringen für drei Tage Verpflegung mit, sie sind verpflichtet, bei Eintritt gespannter Lage diesen Vorrat zu Hause bereit zu halten.

Dieser Aufmarschplan war von folgendem Brief begleitet:

Sehr geehrter Herr von Lud!  
Befolgend ein kleiner Beitrag zu Ihrer kürzlich besprochenen Arbeit.  
Mit deutschem Gruß  
Ihr sehr ergebener  
gez. Knauer.

Knauer ist der Führer des Tannenbergs-Bundes, der Empfänger des Briefes und des Aufmarschplanes der Führer der „Olympia“.

**Zur wieder freigelassen!**

Der von der Berliner Polizei am Mittwoch in Haft genommene Führer des sogenannten Sportklubs „Olympia“, Oberst a. D. v. Lud, wurde noch am gleichen Tage dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Der Richter veranlaßte nach eingehendem Verhör die Haftentlassung, mit der Begründung, ihm sei zugute zu halten, daß er geglaubt habe, im Interesse der Reichswehr zu handeln. Da aber hochverräterische Pläne der Reichswehr nicht existierten, könne v. Lud aus der Haft entlassen werden.

**Neumann weiß nichts!**

Lübeck, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Mit der angeblichen Beteiligung des Bürgermeisters von Lübeck an den Putschplänen beschäftigte sich eine außerordentliche Senatsitzung. Es waren sämtliche Senatoren anwesend. Am späten Abend wurde der Presse folgende Erklärung übergeben: „Bürgermeister Dr. Neumann erklärt zu der heutigen Meldung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes, betreffend Pläne zur Herbeischaffung einer Diktatur, daß er von diesen Plänen bis zu ihrer Veröffentlichung am heutigen Tage keine Kenntnis gehabt habe und daß, wenn sein Name auf eine Liste für eine künftige Regierung gesetzt sei, dies ohne seine Zustimmung geschehen sei. Bürgermeister Dr. Neumann legt Wert auf die Feststellung, daß er persönlich wie von jeher so auch jetzt jedes verfassungswidrige Vorgehen rückhaltlos verurteilt.“

Die offiziellen und nichtoffiziösen Telegraphenbureaus haben alle Hände voll zu tun, um die Dementis der in den ersten Meldungen als an den Plänen beteiligten Personen an den Mann zu bringen. Dusterberg bestreitet, unauffindbar zu sein, denn er sei den ganzen Tag in seiner Wohnung zu finden; Buchrucker soll noch immer in Gollnow sitzen und Ehrhardt — der Mann, der sonst nie aufzufinden war und in Bonern Versteck spielte — will sogar mit Flugzeug nach Berlin zurückgekehrt sein, um Maßnahmen gegen die Hausjuden und Beschlagnahmen zu ergreifen. Endlich protestiert auch der Vorsitzende der Rheinischen Bauernvereine, Frhr. v. Sünning in Bonn, gegen die Hausjuden in seiner Wohnung, diemell er von den Putschplänen gar nichts wisse.

**Das Ende einer Lüge.**

**Die „Stinnes-Gelder“ für die Sozialdemokratie.**

Mainz, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In dem Prozeß unseres Rainyer Parteibüros gegen den nationalsozialistischen Gerichtsassessor Dr. Hugo Wolf wurde am Mittwoch vor dem hiesigen Amtsgericht das Urteil verkündet. Dr. Wolf hatte in einer Verurteilung in Worms die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie habe bei den Reichstagswahlen 1920 von Hugo Stinnes Wahlgeelder in Höhe von 250 000 M. angenommen. Auf Grund dieser Behauptung wurde er von unserem Rainyer Parteibüro scharf angegriffen. Wolf strengte Beleidigungsklage an, die mit einer Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs zu 200 M. endete. Wichtiger aber ist die Urteilsbegründung, in der ausgesprochen wird, daß die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei habe von Stinnes Wahlgeelder genommen, durch die Zeugenaussage des Genossen Dr. Adolf Braun, dessen Glaubwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, absolut zu verneinen sei. Es ist also jetzt gerichtsnotorisch, daß an dem von Herrn Erdmann und Franke verbreiteten Korruptionschwand kein wahres Wort ist.

**Preußens Wohnungsbau.**

**Beschlüsse des Hauptausschusses.**

Der Hauptausschuss des Landtags beriet den Gesetzentwurf über die Bewilligung von 120 Millionen als Zwischkredit für erste Hypotheken zur Förderung des Wohnungsbauwesens. In der Erörterung wurde in der Hauptsache die Frage besprochen, ob der Zinssatz, der sich voraussichtlich auf etwa 6% Proz. stellen dürfte, nicht zu hoch sei. Man war sich einig, daß die Forderungen der Vorlage, um die sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbauwesens zu ermöglichen, nötig seien. Der Ausschuss stimmte der Vorlage zu. Der Zwischkredit soll auf die Dauer von neun Monaten nach dem jeweiligen Abbruch gewährt werden. — Ferner nahm der Hauptausschuss die Entwürfe an, die eine Erhöhung der Staatsmittel zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen auf den Domänen um den Betrag von 600 000 M. sowie für Landgemeindegemeinschaften in Schleswig-Holstein 320 000 M. anfordern.

**Bayerisches Justizdikt.**

Der Münchener Leutnant a. D. Heines, der mit 40 in Hitleruniform gelleitete Hakenkreuzler Maskierdemonstrationen der Sozialdemokratie überfallen hatte, wurde nachträglich von der Münchener Polizei verhaftet und dem Amtsrichter übergeben. Gegen jeden anderen Staatsbürger wäre sofort ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet und eine mehrwöchige Untersuchungshaft wegen „Verdunkelungsgefahr“ verhängt worden. Heines wurde jedoch sofort auf freien Fuß gesetzt. Er verurteilte dann den Leiter der politischen Polizei des Polizeipräsidiums München durch einen offenen Brief in dem Münchener Hakenkreuzorgan, in dem es heißt:

V. Sch. London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik ist heute nachmittags beigelegt worden, eine Lösung, die am besten den Interessen der großen Mehrheit auf beiden Seiten entspricht. Keuchert hat es bei diesem Frieden weder Sieger noch Besiegte gegeben. Beide Teile hätten wohl den Kampf noch eine ganze Weile fortsetzen können; aber um welchen Preis! Noch am Ende dieser Woche wäre infolge der Selbstblockade eine schnell wachsende Lebensmittelnot eingetreten, deren erstes Opfer die Arbeiterklasse gewesen wäre.

Die Regierung wird natürlich die Sache so hinstellen, als hätte sie gesiegt, da zunächst der Streik abgeblasen sei, bevor offizielle Verhandlungen eingeleitet worden waren, und man kann überzeugt sein, daß die Kommunisten auf dem Kontinent — in England selbst sind sie völlig bedeutungslos — diesen Standpunkt der Regierung Baldwin unterstützen und von „Verrat“ der Führer und dergleichen sagen werden. In Wirklichkeit kann von einem Sieg der Regierung keine Rede sein, da die Abrufung des Generalstreiks erst auf Grund einer Formel verhandelt wurde, die vorher offiziell mit Sir Herbert Samuel erzielt worden war. Diese Formel sichert den Bergarbeitern für die nächste Zeit die Aufrechterhaltung ihres Lebensniveaus und eine neue Prüfung.

Einer geht zweifellos als Besiegter hervor: das ist Churchill, der mit seiner Gesamtpolitik eine Dismay nach der anderen erzielt hat. Alles, was dieser Mann in die Hand nimmt, nimmt ein schlechtes Ende. Baldwin ist in den letzten Tagen deutlich zurückgewichen und hat seinerseits die Tür zur Verständigung geöffnet, die die Diehards ihm versperrt wollten.

Wichtiger als die Erschütterung der Stellung der Diehards ist der andere politische Erfolg, der darin besteht, daß der großartige Solidaritätsstreik das Selbstbewußtsein und das kräftige Gefühl der britischen Arbeiterschaft ungeheuer gestärkt hat. Doch bleiben gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, denn man hält es für denkbar, daß sowohl auf Seite der Bergherren wie auf Seite der Bergarbeiter einzelne Führer hartnäckig sich dagegen sträuben werden, auf die Vorschläge Sir Herbert Samuels, die er in seinem Memorandum an den Generalkonferenzpräsidenten Pugh entwickelt hat, einzugehen.

Auch ist die Frage der Maßregelungen, die ebenso sehr von den Unternehmern den Streikenden gegenüber, wie auch von den Gewerkschaften den Streikenden Mitgliedern gegenüber geplant war, nicht gelöst. Auf beiden Seiten dürfte ein stillschweigendes Verständnis, eine Art Gentleman-Abkommen darüber bestehen, daß Maßregelungen grundsätzlich nicht stattfinden. So wie jetzt die Dinge liegen, hält man es allerdings für ausgeschlossen, daß irgendeine Stelle — Regierung, Unternehmer, Arbeiter — die moralische Verantwortung für eine Zerschlagung der grundsätzlich erfolgten Regelung übernehmen könnte, die von 90 Prozent der Bevölkerung mit Freude begrüßt wird.

Ist erst der Streik absolut beendet, dann wird man verschiedenen Erscheinungen nachgehen und gewisse Lehren daraus ziehen können, die nicht nur für die englische, sondern auch für die europäische Arbeiterbewegung wichtig sind. Aber unter Zurückstellung aller kritischen Einzelbetrachtungen läßt sich schon jetzt sagen, daß der zehntägige Kampf, den nahezu drei Millionen englische Proletarier geliefert haben, eine der bedeutungsvollsten Etappen der europäischen Arbeiterklasse auf dem Wege zu ihrer Befreiung darstellt.

**Die Friedensbedingungen.**

London, 12. Mai. (W.B.) Die von Sir Herbert Samuel, dem Vorsitzenden der Kohlenkommission, dem Generalkonferenzpräsidenten übermittelte Denkschrift besagt: Erstens, die Verhandlungen über die Lage der Kohlenindustrie sollen wieder aufgenommen werden unter erneuter Gewährung der Subvention für eine angemessene Zeit, die für die Verhandlungen nötig ist; zweitens, Verhandlungen würden schwerlich erfolgreich sein, wenn kein Mittel gefunden wird, um Streitigkeiten in der Industrie nicht nur durch Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten allein zu regeln. Es soll daher ein nationales Lohnamt geschaffen werden, das Vertreter beider Parteien mit neutralen Beisitzern und einem unabhängigen Vorsitzenden einschließt. Die in dem Bericht der Kohlenkommission enthaltenen, darauf bezüglichen Vorschläge sollen schärfer gefaßt und die Machbefugnisse des Lohnamts erweitert werden. Drittens sollen die Parteien bereit sein, alle Punkte vorzubringen, die sie für wesentlich halten, und das Lohnamt soll solche Punkte in Erwägung ziehen. Viertens soll keine Revision der früheren Lohnsätze eintreten, wenn nicht genügend Aussichten bestehen, daß die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reorganisation wirklich angenommen werden. Es soll ferner ein Ausschuss eingesetzt werden, in dem auch Vertreter der Bergleute sitzen, der mit der Regierung bei der Vorbereitung der erforderlichen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zusammenarbeiten soll. Der gleiche Ausschuss oder das nationale Lohnamt soll sich Sicherheit darüber verschaffen, daß die nötigen Schritte nicht vernachlässigt oder ungebührlich verzögert werden.

In der Denkschrift werden ferner eingehende Vorschläge für die Versorgung derjenigen Arbeiter gemacht, die infolge Schließung unwirtschaftlicher Bergbaubetriebe ihre Stelle verlieren.

**Eine Botschaft des Generalrats.**

London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkonferenzpräsident hat eine Botschaft an alle angeschlossenen Gewerkschaften gerichtet, in der er zum Schluß sagt: „Die Gewerkschaften, welche so entschlossen und einig den Bergarbeitern zu Hilfe geeilt sind, können beruhigt darüber sein, daß eine ehrenhafte Verständigung gefunden worden ist. Der Generalrat übernimmt die Konsequenzen seines Beschlusses in dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber den Gewerkschaften, sondern

gegenüber der gesamten Nation. Der Generalrat hat den Kampf so zu führen versucht, wie industrielle Auseinandersetzungen von den britischen Gewerkschaften in der Vergangenheit stets geführt worden sind, nämlich ohne Aggressivität und ohne Gewalt. In dem Augenblick, wo der Generalrat die Schritte zur Beendigung des Kampfes unternimmt, gibt er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die britische Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampf ein Beispiel von Einheit und Solidarität gegeben hat, das in der Geschichte ohne Vorbild dasteht.“

**Eine Botschaft des Königs.**

London, 12. Mai. (W.B.) Der König hat eine Botschaft zu lassen, in der es heißt: Die Nation ist soeben durch eine Periode äußerster Sorge gegangen. Heute ist bekanntgeworden, daß der Generalstreik beendet ist. In einem solchen Augenblick ist es von höchster Wichtigkeit, mein ganzes Volk zusammenzubringen, um der schwierigen Lage, die bestehen bleibt, zu begegnen. Diese Aufgabe erfordert die Zusammenarbeit aller fähigen und gutgeleiteten Leute im Lande. Auch mit einer solchen Hilfe wird sie schwierig sein. Aber die Aufgabe wird nicht unmöglich sein. Laßt uns vergessen, was immer an Bitterkeit die Ereignisse der letzten Tage hervorgerufen haben mögen. Laßt uns nur daran denken, wie standfest und wie ordnungsliebend das Land in der schwierigen Prüfung geblieben ist und laßt uns sofort an die Aufgabe gehen, einen Frieden zustande zu bringen, der von Dauer ist. Die Botschaft schließt mit der Aufforderung, das Vergangene zu vergessen und in der hoffnungsvollen Stimmung eines geeinigten Volkes in die Zukunft zu blicken.

**Die Bergarbeiter verharren im Kampf.**

London, 12. Mai. (W.B.) Der Sekretär der Bergarbeiterföderation, Cool, erklärte heute abend den Pressevertretern, daß der Rat der Bergarbeiterföderation beschlossen habe, auf seiner Stellungnahme zu beharren und daß er an Kohlenbezogene Telegramme geschickt habe, wonach die Bergarbeiter die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen sollen, bis die Entscheidung der auf Freitag nach London einberufenen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten bekanntgegeben werde.

**Das Ergebnis des Streiks.**

Der englische Streik hat seinen Ausgangspunkt von dem Konflikt im Bergbau genommen. Der englische Bergbau besteht zu Hälfte aus rückständigen Zwergebetrieben, die nicht konkurrenzfähig sind. Diese unrentablen Zwergebetriebe sollten auf Verlangen der Zechenbesitzer dadurch rentabel gemacht werden, daß die Löhne der Bergarbeiter herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert wird. Außerdem sollte die Ausgleichskasse, die bisher auf Grund des notionalen Lohnabkommens das Defizit der unrentablen Zechen teilweise bestritt, gleichfalls aufgehoben werden.

Die von der Regierung eingesetzte Kohlenkommission hatte diese Vorschläge der Zechenbesitzer abgelehnt, jedoch eine Herabsetzung der Reichsdurchschnittslöhne um 11 Proz., auf den Stand von 1921, vorgeschlagen, gleichzeitig aber auch Maßnahmen, die eine Rationalisierung hauptsächlich durch Zusammenlegung der Zwergebetriebe vorsehen. Es kam zum Bruch, weil die Unternehmer vom 1. Mai ab einseitig ihre Bedingungen diktierten, während die Regierung jede weitere Subventionierung und jedes weitere Eingreifen ablehnte.

Die Vorschläge von Sir Herbert Samuel, die zum Abbruch des Streiks führten, greifen auf die Vorschläge der Kohlenkommission zurück. Sie gehen insofern noch darüber hinaus, als sie eine weitere kurzfristige Subventionierung der unrentablen Zechen vorsehen und einen eventuellen Lohnabbau bei diesen Zechen abhängig machen von der Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen, wobei die Bergarbeiter mitwirken sollen. Es sollen auch entsprechende Maßnahmen zugunsten der Bergarbeiter getroffen werden, die durch die Stilllegung der unrentablen Zechen arbeitslos werden.

Diese Vorschläge sind zwar nicht offizielle Vorschläge der Regierung, sondern persönliche Vorschläge des Vorsitzenden der Kohlenkommission. Man kann aber annehmen, daß Sir Herbert Samuel seine Vorschläge nicht gemacht hat, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß die englische Regierung sie zu den ihrigen machen würde, falls der Generalstreik vorher eingestellt wird.

Unter diesen Umständen hätte die Fortführung des Streiks keinen Sinn mehr gehabt. Der Zweck des Streiks war lediglich gewesen, zu verhindern, daß die unrentablen Zechen auf Kosten der Bergarbeiter durch Rationalisierung des Bergbaus auf Kosten der Arbeitszeit und der Löhne der Bergarbeiter verschoben und schließlich vorgenommen würde zu Bedingungen, gegen die die Bergarbeiter sich nicht mehr wehren hätten können.

Wenn die Vorschläge von Samuel durchgeführt werden, dann haben die englischen Gewerkschaften das Ziel erreicht, das sie sich gesetzt hatten. Die Frage ist nicht, ob sie noch mehr erreichen hätten können, d. h. ob sie durchsetzen hätten können, daß die volle Lohnhöhe durch staatliche Zuschüsse aufrechterhalten bleibe, bis die unrentablen Zechen stillgelegt oder rentabel gemacht sind. Dieses Ziel, das praktisch auf die künstliche Senkung der Kohlenpreise hinausläuft, würde sicherlich den Interessen der Zechenbesitzer entsprechen haben, denen damit der Profit auf unbestimmte Zeit aus Steuergroschen garantiert worden wäre. Tatsächlich ist hier also weniger mehr.

„Ganz gleich, wie dem auch sei, Herr Regierungsrat, einen schlechten Dienst haben Sie mir mit der Ueberweisung an das Amtsgericht nicht getan. Der Oberamtsrichter hat mich sofort vernommen und auf der Stelle freigelassen.“

Es ist also in Bayern schon so weit gekommen, daß man die Polizei öffentlich verhöhnen darf.

**Wichts Ruhlandreise.** Der Ost-Expres meldet: Die Kundtzeß des Reichsanwalters a. D. Dr. Wirts, des Aufsichtsratsvorsitzenden der Pologa-Polzeindustrie A.-G., der zurzeit mit dem Hauptkonzeptionskomitee in Moskau verhandelt, wird kurz vor Pünktigen erwartet. Die ordentliche Generalversammlung der Pologa-Polzeindustrie A.-G. findet, wie der Ost-Expres erzählt, am 20. Mai statt.





# Das Wissen vom Haushalten

III.

Wenn es wahr ist, daß alles Glück und Unglück der arbeitenden Massen im Wohlstand des Arbeiterhaushalts beschlossen ist, so kann alle Macht und alle Politik der arbeitenden Massen nur den Sinn haben, den Wohlstand des Arbeiterhaushalts zu heben. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der ganzen Welt sind es gewohnt, die Verbesserung ihres Schicksals innerhalb des kapitalistischen Systems nur durch den Tageskampf, die endgültige, immerwährende Sicherung von Wohlstand, Freiheit und Glück nur durch den Sozialismus zu erwarten. Sinn aller Tageskämpfe wie auch des Sozialismus ist darum der Haushalt der Arbeitenden, und alles was diesem Kampfe dient, kann nur Mittel sein zur reicheren und vernünftigeren Gestaltung des Haushalts. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte kämpft deshalb für seine Interessen als Haushaltpflichter und Vater, jede Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfrau kämpft für ihre Interessen als Hausfrau und Mutter, ob man's schon ist oder erst wird, und alle politischen Rechte, alle wirtschaftliche Macht haben nur den Sinn, diesen Interessen zu dienen. Aber es ist klar, daß man diesen Interessen nicht dienen kann, wenn man die Stellung des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalts im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht kennt und daß alle politische und wirtschaftliche Macht der Hausväter und Hausfrauen leer und ohne Sinn bleibt, wenn ihre Anwendung nicht geleitet ist von der genauen Kenntnis der Stellung des Arbeiterhaushalts in der Wirtschaft und im Staate.

### Unternehmerhaushalt und Arbeiterhaushalt.

Es ist schon unendlich viel geschrieben, gelehrt und gelernt worden darüber, wie sich Unternehmer und Arbeiter im kapitalistischen Wirtschaftssystem gegenüberstehen. Es ist auch schon unendlich viel gekämpft worden zwischen Unternehmern und Arbeitern. Aber man hat das Verhältnis der Unternehmer und Arbeiter bisher nur angesehen in den kapitalistischen Betrieben, in denen sie einander gegenüberstehen, in den Fabriken, Warenhäusern, Banken; man hat ihr Verhältnis noch nicht angesehen in den Unternehmerhaushaltungen, denen doch alle Fabriken, Warenhäuser, Banken dienen, und in den Haushaltungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen doch alle Kämpfe um Löhne, Gehälter und Arbeitszeit genähert sind, die mit den Unternehmern geführt werden. Hätte man das getan, so hätte man erkannt, daß, wie sich Unternehmer und Arbeiter in den Betrieben gegenüberstehen, genau so auch Unternehmerhaushalt und Arbeiterhaushalt in der Volkswirtschaft einander gegenüberstehen, und daß die letzte und tiefste Ursache aller Gegensätze beim Produzieren und in der Fabrik die Gegensätze beim Verbrauchen und Haushalten sind. Vollkommen richtig ist es, was Karl Marx gelehrt hat, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der Unternehmer seine Arbeiter ausbeutet und ausbeuten muß, wenn er ein kapitalistischer Unternehmer bleiben will; denn Profit für sein Kapital kann er nur haben, wenn er den Arbeiter ausbeutet. Will aber die Arbeiterklasse der Ausbeutung Herr werden, ob im

Tageskampf oder im Kampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung, so muß sie wissen, wo sie ausgebeutet wird, an welcher Stelle des gesamten Wirtschaftslebens die Unternehmer ihren Profit herausheben. Und da ist es denn klar, daß die Möglichkeit zum Profitieren zwar in der Fabrik, im Warenhaus, in der Bankunternehmung entsteht, also beim Produzieren, Verteilen und Verlaufen der Waren, daß der Profit aber erst Wirklichkeit werden kann für die Unternehmer dort, wo die Waren gekauft werden, beim Verbrauchen im Haushalt, dann, wenn das Geld ausgegeben wird, das durch den Verkauf der Arbeitskraft, durch den Kampf um Löhne und Gehälter in die Haushaltungen der Kaufleute und Wasserverbraucher hineingeflossen ist. In den Preisen nämlich, die jeder Hausvater und jede Hausfrau der Arbeiterschaft bei ihren Einkäufen zahlen, bezahlen sie erst das, was bei den Unternehmern zum Profit wird. Alles aber, was die Unternehmer ausgeben können, muß einmal Profit gewesen sein, muß einmal als Gewinn in den Preisen gesteckt haben, die die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenmassen als Hausväter und Hausfrauen für all das zahlen, was sie zum Haushalten brauchen. Nun ist es wohl richtig, daß auch die kapitalistischen Unternehmer und die Hausfrauen der Kapitalisten auch Käufer und Verbraucher sind. Worauf es aber ankommt ist nicht, daß im Unternehmerhaushalt auch verbraucht wird, sondern darauf, was verbraucht wird und daß alles, was im Unternehmerhaushalt verbraucht und ausgegeben werden kann, vorher irgendwo einmal Gewinn aus jenen Preisen gewesen sein muß, die die Gesamtheit der Hausväter und Hausfrauen der Arbeiterschaft aus ihren Löhnen und Haushaltsgeldern zur Führung und Erhaltung des Haushalts gezahlt hat.

### Der Arbeiterhaushalt als Quelle alles Profits.

Der Haushalt aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, also ist die eigentliche Quelle des Profits der Unternehmer. Und nicht nur der einzelne Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Betrieben, auch die Arbeiter, Angestellten, Beamten als Hausväter, ihre Hausfrauen, ihre Kinder unterliegen der Ausbeutung. Ja, die Ausbeutung des Familienhaushalts der Arbeiterklasse ist der Sinn und Inhalt des Profits und die letzte und tiefste Ursache der ungleichen Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems. Allerdings liegt das nicht einfach auf der Hand, wenn man in das unendlich komplizierte Gebirge des heutigen Wirtschaftslebens hineinsieht. Aber wenn am ersten Male gezahlt wird, bezahlt man dem kapitalistischen Hausherrn, dem Bauunternehmer, den Lieferanten des Bauunternehmers, wenn sie noch etwas voneinander zu fordern haben, die eingerechneten Gewinne mit, von denen sie leben. Kauft sich der Arbeiter Röbel zum Bohnen und Schinken, eine Kücheneinrichtung zur Nahrungsbereitung, werden Kleider, Schuhe, Strümpfe, Bettwäsche für Mann, Frau und Kinder gekauft, so werden dem Händler bis hinauf zum amerikanischen Baumwollpflanzer, dem australischen Schaf- und dem argentinischen Tierzüchter, den Zechen-, Stahl- und Walzwerksherren und allen, die zwischen diesen und den Händlern stehen, in den Preisen die Gewinne mitbezahlt, von denen sie leben. Kein Kino, kein Wirtshaus, kein Sport, kein Vergnügen, keine Zerstreuung ist möglich, ohne aus dem Haushalt der arbeitenden

Massen in den Haushalt der Unternehmer Gewinne überzuführen, von denen diese ihr Vergnügen und ihre Zerstreuung bestreiten. So, selbst Geburt, Krankheit und Tod, die Zange des Geburtshelfers, die verschriebene Medizin, die Breiter und Riegel des Sarges nehmen aus dem Arbeiterhaushalt Gewinne in die Unternehmerhaushalte mit hinüber.

Wir sehen also, das Haushalten und Familienleben der arbeitenden Massen sind es, die im kapitalistischen System der Unternehmerrasse zur Ausbeutung ausgeliefert sind. Will man daher der Ausbeutung wirklich ein Ende machen, dann heißt es, am Haushalten der Arbeiterschaft selber anpacken und es dem Unternehmertum unmöglich machen, vom Arbeiterhaushalt leben zu können. Wenn man das aber sieht, dann bekommen mit einem Schlage die Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien der Arbeiterklasse eine ganz neue Bedeutung. Arbeiterparteien, Genossenschaften, Gewerkschaften haben dann keinen anderen Sinn, als Diener und Förderer des Haushaltes und Familienlebens der Arbeiterklasse zu sein, und die Zeit hat aufgehört, wo es noch eine proletarische Hausfrau, noch eine proletarische Jugend geben kann, die dem Kampf der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Partei gleichgültig gegenüberstehen kann. Denn das Haushalten der Arbeiterschaft ist ihr Sozialismus.

### Verbesserter Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr.

Der am 15. Mai in Kraft tretende Sommerfahrplan bringt im Stadt- und Ringbahn- sowie Vorortverkehr verschiedene Neuerungen. So werden auf Grund zahlreicher Wünsche an Werttagen wieder direkte Züge zwischen der Stadtbahn und der Ringbahn verkehren, und zwar viertelstündlich a) zwischen der Stadtbahn und dem Nordring während des Berufsverkehrs (von 5 Uhr morgens bis gegen 8.30 Uhr vorm. und von etwa 4 Uhr bis 7.30 Uhr nachm.); außerhalb des Berufsverkehrs muß wie bisher in Strauß-Rummelsburg und Westend umgestiegen werden. In Westend wird das Umsteigen aber dadurch erleichtert, daß die Bahnsteige nicht mehr gewechselt zu werden brauchen; b) zwischen der Stadtbahn und dem Südring über Halensee-Potsdamer Ringbahnhof den ganzen Tag; c) auf dem anderen Teil des Südrings über Tempelhof während des ganzen Tages zwischen Potsdamer Ringbahnhof und Warthauer Straße. Die geeignetste Umsteigestation für den Verkehr zwischen Stadtbahn und Ringbahn ist bei diesen Zügen Warthauer Straße. — Für den Durchgangsverkehr auf der Ringbahn sind werktags während des Berufsverkehrs die jetzigen Ringzüge über Potsdamer Bahnhof in viertelstündlichen Abständen beibehalten worden. Außerhalb des Berufsverkehrs ist der Durchgangsverkehr auf der Ringbahn auf Umsteigen in Halensee und Treptow angewiesen, wo über den Nordring laufende Teilingzüge unmittelbar Anschluß an die auf dem Südring verkehrenden Züge vermitteln.

## Yamile unter den Zedern.

83] Von Henri Bordeaux.

(Berechtigter Uebersetzung von A. Kunde.)  
 „Kommen wir zum Schluß,“ erklärte er.  
 In dem Augenblick griff ich ein und wandte mich an Raschid-el-Hame:  
 „Butros und ich, wir haben kein Recht, hier dieses Amtes zu wachen.“  
 „Und warum nicht?“ verlangte der „Kapitän“ zu wissen; ihn verdroß diese Abschweifung.  
 „Weil wir als Zeugen genannt wurden. Ist es nicht eben zur Sprache gekommen, daß wir Zeugen sind in der Angelegenheit der Verheiratung Yamiles in Chrar? Ein Zeuge kann kein Richter sein.“  
 Die beiden klugen Greise, Kematallah Kazzi und Regib Daoud, billigten diese Erklärung. . . Ich fügte hinzu, daß meine Braut nach Rückgabe des Schmuckes jeder Verpöschung gegen mich entboden sei und legte zum Beweis den Ring, das Armband und den goldenen Stirnreif vor. Man kam dahin überein, daß Butros und ich das Urteil nicht zu fällen könnten. Butros nahm protestlos von dieser Ausschaltung Kenntnis; er bemühte sich nicht um Wiffionen, die ihm zugewiesen wurden, wenn er sie auch mit Eifer erledigte. Er war eine Kriegernatur. Dadurch reduzierte sich die Zahl der Richter auf vier, und wenn ich mir auch nichts vom Priester und Vater erhoffte, so glaubte ich doch, daß die beiden Greise vielleicht zur Milde neigen würden. Aber Yamile machte mir meinen Absichten nicht leicht. Kematallah Kazzi richtete die sehr überflüssige Frage an sie:  
 „Hast du mit freiem Willen das väterliche Haus verlassen?“  
 Ihre energische Geste bestätigte das. Regib Daoud glaubte nun auch eine Frage stellen zu müssen:  
 „Hast du dich freiwillig in Omars Haus begeben, nachdem du noch muslimanischem Brauch in die Ehe getreten bist?“  
 Auch dies bestätigte eine Bewegung. Sie verurteilte sich selbst. Aber wie hätte sie ihre Liebe herabwürdigen können? Und jetzt nahm der Priester das Verhör auf. Er kam zum schwersten Punkt der Anklage. Hatte Yamile, die katholisch, nach maronitischem Ritus fromm erzogen worden und ein Vorbild für die jungen Mädchen von Bekherre gewesen war, ihren Glauben abgeschworen, um zur Religion Mohammeds überzutreten? Und mußte sie als Omars Gattin nicht selbstverständlich ihren Glauben preisgeben? So hatte sie nicht nur ihren Bräutigam, ihre Familie, ihr Tal, ihre Rasse ver-

leugnet, nein, auch ihren Gott! Der Priester hatte sich erhoben, um seinen Worten stärkeren Nachdruck zu verleihen. Er schien größer in seinem schwarzen Gewand: seine Augen flammten, er streckte die Arme aufwärts, nahm jene gebieterische Haltung an, um deretwillen man ihn den „Kapitän“ nannte; er unterstrich die Wichtigkeit seiner Frage. Seit alters waren die Maroniten treue Anhänger Christi gewesen. Niemand war es den Arabern oder Türken gelungen, hier im Gebirge den Glauben an den Erschöfergott auszurotten. Die Druzen hatten in Sahle und Dar-el-Kam die Bevölkerung hingemeldet, aber einen Glaubensabfall nicht bewirkt. Durste es gesehen, daß die reinste, schamhafteste aller Jungfrauen des Libanon das Beispiel des Verrats gab? Der Schutz des Kultus erforderte ein Widerruf vor der Öffentlichkeit oder eine schwere Strafe. Das Volk mußte wissen, daß ein solches Verbrechen die härteste Buße nach sich zog, und daß auch die Notabeln sich ihr unterwarfen, wenn einer der ihrigen der Schuldige war.  
 Aus allen Sähen der Anklage hörte ich die Drohung des Todes herans. An Yamile aber glitt alles ab. Ihr Blick war der einer Abwesenden. Sie verschloß ihr Ohr oder ihre Gedanken weiteten fern. Wie der Priester seine Rede beendet hatte, herrschte er sie skroff an:  
 „Du kannst dich unserem Gericht nicht entziehen. Antworte; du hast eine Zunge, um zu antworten.“  
 Aber er erreichte nichts, kein Zeichen, keine Bewegung. Ihre Augen verleugneten hartnäckig die Umgebung. Geduld war des Priesters Stärke nicht. Nach einigen Sekunden vergeblichen Wartens erklärte er:  
 „Wie, du findest kein Wort des Widerspruchs, kein Wort des Bedauerns oder der Reue? Du bist noch verstockter als ich glaube. Du stehst unter der Anklage eines Verbrechens, das ein Christ nicht einmal sich vorzustellen wagt. Dein Schweigen ist Geständnis, unsere Pflicht aber ist, jetzt zu richten.“  
 Sie vernichtete sich selbst. Ich ergriff noch einmal zu ihren Gunsten das Wort:  
 „Du deutest ihr Schweigen falsch,“ sagte ich zum Priester. „Sie hat nicht geschworen, die Vergehen zu bekennen, welche ihr soeben Kematallah Kazzi und Regib Daoud vorwarfen. Aber deine, die wesentlichste Anklage, hat sie durch kein Zeichen bestätigt.“  
 In dem Moment blickte Yamile zu mir herüber. Sie interessierte sich also doch für das, was ich für sie tat? Würde sie mich nicht unterstützen? Aber ich konnte nicht länger in ihren Augen lesen. Der Priester, welchem meine Anteilnahme nicht eniging, änderte jetzt seine Laune, oder, um gerechter

gegen ihn zu sein, er zog sein Priestergewissen zu Rate und daraus wuchsen ihm neue Gedanken:  
 „Sage uns Yamile, ob du unter unseren Feinden Christin geblieben bist und ob du dich weigertest, ihre Zeremonien und Bräuche anzunehmen. Sage uns, ob du nur aus Schwäche ihrem Drängen nachgabst und ob du im Grunde deines Herzens deinem Glauben treu geblieben bist. Sag' uns, ob du heute keine Reue empfindest, falls du dich gänzlich und freiwillig unterwarfst. Unser Gott ist furchtbar, aber er ist gut.“  
 Und wie Yamile immer noch schwieg, spann er den Faden dieser Gedanken weiter; nicht mit großer Beredsamkeit — dazu war er nicht fähig —, aber mit herzlichem, warmem, menschlichem Empfinden. Jesus hatte das verlorene Lamm auf seinem Arme getragen, nachdem er ihm durch Hecken und Dornen nachgefolgt war. Er rief es, verlangte nach ihm, erwärmte es an seiner Brust. Es war nichts als Sanftmut, Liebe, Verzeihung. Dann, in seiner Göttlichkeit konnte er entschließen, vergeben. Während die Befehle der Menschen nur über Verlöbte gegen das Gemeinwohl und die äußere Ordnung der Dinge richteten.  
 „Sag' ihm, Yamile,“ drang er im Verfolg seiner Gedanken in sie, „sag ihm, daß du ihn niemals verlassen hast; lehre zu ihm zurück. Er hofft auf dich. Er harret deiner. Ihn verlangt nach dir. Und mit ihm fordern dich 40 Jahrhunderte des katholischen Kults in unseren Bergen, den ungezählte Leiden und Nachstellungen nicht unterdrücken konnten. Und mit ihm fordern dich alle deine maronitischen Vorfahren, welche der Stolz des Kadischatales waren und deine fromme tote Mutter, die in der Trauer um deine Seele gestorben ist.“  
 Er sah nicht die bleichen, durchsichtigen Hände, deren Finger sich gegeneinander preßten und sich fieberhaft krümmten, sah nicht die Totenblässe, die ihr Gesicht entfarbte; aber ich ahnte, was in ihr vorging und erriet ihr Geheimnis, wie wenn das Herz des armen Kindes vor mir offen daläge.  
 „Ich bin treu,“ sagte sie, „nicht falsch und keine Lügnerin. Nein, ich habe nicht auf dem Grunde meines Herzens Gott verleugnet. Aber ich liebe, und werde meine Liebe, die alle meine Gedanken erfüllt, nicht verraten.“  
 „War es nicht das, was sie sagen konnte und nicht sagte?“  
 „Wir brauchen eine Erklärung vor der Öffentlichkeit,“ stürmte der Priester auf sie ein.  
 Diese Worte befestigten sie vollends in ihrem Entschluß, in Schweigen zu verharren. Aber es schien mir, daß ihre Lippen in diesem Augenblick ganz leise ein Gebet sprachen. Mit dem Illuzinismus der Frauen hat sie ihren Gott vielleicht ihm widerstehen zu dürfen. (Fortsetzung folgt.)



**Schwarzrotgold nicht die „Reichsfarben“ —?**

Wie einer über Schwarzrotgold höhnen kann, ohne sich einer Verhöhnung der Reichsfarben schuldig zu machen, das lehrt ein Bescheid des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I Berlin. Bei einem Besuch eines Ausschusses in der Prenzlauer Straße wurde einem das Abzeichen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ an der Krawatte tragenden Geschäftsreisenden, der Ware für seine Firma anbot, von einem zur Familie des Inhabers gehörenden jungen Mann die Antwort gegeben: „Von Schwarz-Rot-Gold laufen wir nichts.“ Der Reisende wies auf das Ungehörige dieser Äußerung hin, indem er mit Betonung sagte: „Die Reichsfarben sind nicht Schwarz-Rot-Weiß, sondern Schwarzrotgold.“ Aber die Auseinandersetzung endete damit, daß man den unerwünschten Besucher verabschiedete: „Machen Sie, daß Sie hinauskommen!“ Ein Schupobeamter, den der Reisende herbeiholtete, stellte fest, daß der junge Mann ein Sohn des Inhabers war. Als der Reisende mit dem Schupobeamten den Laden verließ, rief der Vater: „Und ich sage doch Schwarz-Rot-Weiß!“ Diesen Sachverhalt meldete der Reisende pfllichtgemäß an die Staatsanwaltschaft und zwar durch Vermittlung von Abteilung I A des Volkshilfsbüros, die seine gegen Sohn und Vater sich richtende Anzeige weitergab. In dem Ermittlungsverfahren wurde nun nicht der Angeklagte verurteilt, aber wahrscheinlich die Beschuldigten. Das Ergebnis war folgender Bescheid des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I Berlin: „Den Beschuldigten kann ein Vergehen nach § 8, Ziff. 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1922 zum Schutze der Republik nicht nachgewiesen werden. Dema die beanstandeten Äußerungen sind nicht öffentlich, das heißt vor einem größeren durch persönliche Beziehungen nicht zusammenhängenden Personenkreis erfolgt. Zudem läßt sich nicht mit hinreichender Sicherheit feststellen, daß die Äußerungen sich gegen die Reichsfarben und nicht, wie das mehrfach beobachtet ist, gegen die Organisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold richteten. Ich habe das Verfahren deshalb eingestellt. Im Auftrage — Unterschrift unleserlich.“

Vermutlich haben die Beschuldigten in ihrer Bernehmung die Aussicht gegeben, daß sie nicht die Reichsfarben, sondern die Organisation meinen. Warum hat die Staatsanwaltschaft sich mit dieser Erklärung begnügt? Warum hat sie nicht Anklageerhebung für nötig gehalten, damit in einer Gerichtsverhandlung durch regelrechte Beweisaufnahme mit eidlichen Aussagen der Sachverhalt festgestellt werden konnte? Die Ansicht, daß der Ausdruck Schwarz-Rot-Weiß, wenn er als eine gegen die Organisation gerichtete Verhöhnung beabsichtigt ist, nicht ohne weiteres auch eine Verhöhnung der Reichsfarben sei, muß sehr ernste Bedenken wecken. Sind denn Schwarzrotgold nicht — einstweilen noch — die Reichsfarben? Soll nicht gerade die Organisationsbezeichnung „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ an die Reichsfarben erinnern? Jene Ansicht des Generalstaatsanwalts bedarf dringend der Korrektur. In den Zeiten der Monarchie ließ mancher Staatsanwalt weniger leicht sich beruhigen.

**Das „scheußliche Untier“.**

Der Bericht über die Eröffnungsfestlichkeiten der „Gesolei“-Ausstellung nahm in den Sonnabend- und Sonntagmorgenausgaben aller namhaften Tageszeitungen mit Recht einen breiten Raum ein. Ist die Ausstellung doch eine Kulturlust des ganzen deutschen Landes! Vertreter Österreichs wohnten bereits der Eröffnungsfest bei, Vertreter anderer Staaten werden kommen, die Ausstellung zu besichtigen. Vorkäufig begnügten sich die vielen, die dem Festakt, durch den die Ausstellung der Öffentlichkeit übergeben wurde, nicht persönlich beimohnen konnten, damit, ihn in der Rundfunkübertragung zu hören. Unzählige Millionen vielleicht waren so im Geiste dabei, vernahmen die festliche Musik und Laute Dumonts klingende Stimme, und die vielen Reden und Ansprachen. Und unzählige Millionen machten dann auch die interessante Feststellung, daß die „Königlichen Hoheiten“ unter der Schwarzweihnachten — natürlich nur Marineflagge Deutschlands immer noch erfreulich gedeihen, da sogar Herr Oberbürgermeister Dr. Behr in dieser Festrede, angesichts des Herrn Reichstagspräsidenten und sonstiger Repräsentanten des Reiches und der Staaten eine Vertreterin dieser Gattung nicht zahlreichen anderen „Hoheiten“ feierlich begrüßen konnte. Und wahrscheinlich, wenn der Herr Oberbürgermeister diese Zeilen liest, wiederholt er aus tiefster Seele den Ausdruck von dem „scheußlichen Untier“, der öffentlichen Meinung, den er ebenfalls schnellig in seine Begrüßungsrede mischte. Es war recht, daß alle Festberichte diese persönlichen Ansichten Herrn Dr. Behrs verschwiegen; aber es wäre unrecht, wollte man sie völlig verschweigen!

„Die verkaufte Braut“ im Rundfunk. Friedrich Smetana kam verdientermaßen nun auch auf die Sendebühne des Rundfunks. „Die verkaufte Braut“, die lebensfrühtigste und weitbekannteste

**ZÄHNE** ohne Gaumen von 3 Mark an, mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.  
**Hatvani** Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86  
 Luisenstr. 27 / Charibg., Schlichterstr. 73

Ober dieses unruhigkeitsreichen Böhmens, erfreute sicherlich auch alle Rundfunkhörer durch die Eigenart ihrer Klangreize, die nicht bodenständigen Elementen entstammen. Leider lag im Finale des ersten Aktes ein böser Regiefehler der Sendebühne. Den Tanz unablässig von Jodeln und Lärmen der Bauersleute begleiten zu lassen geht wohl, wenn der Zuschauer das Bühnenbild mit seinem bewegten Farbengewirr vor sich hat, der Ruhörer muß aber seine Phantasie dazu so stark bemühen, daß sie sich ermüdet; er empfindet dann den Lärm zu der Musik nur noch als lästige Störung. Hier hätte man zuerst das Lied des Chors bringen müssen, um dann in den Tanz überzugehen. Damit wäre die Andeutung von Tonungen nur mehr als schwacher Zusatz nötig gewesen und das Orchester hätte den Akt zum Schluß führen können. Doch war dies der einzig merkwürdige Verstoß gegen die Geleise der Sendespiele und die ganze Aufführung gewiß lobenswert. Selmar Regrowitz als Dirigent des Kammerorchesters, Tilly de Garmo als verkaufte Braut, Hans Heinz Bollmann, Leo Schühendorf, um nur einige der Darsteller zu nennen, setzten sich erfolgreich für die musikalische Darbietung ein. Ein gelungener Funktabend.

**Himmelfahrtsausflugler.** In Erkner liegt der „Bormärts“ in folgenden Lokalen aus: P. Grund, Königstr. 52; F. Handke, Berliner Str. 4; A. Sperling, Wilhelmstr. 30; H. Karbe, Friedrichstraße (Gesellschaftshaus), und A. Jernide, Friedrichstr. 20. Es wird den Groß-Berliner Genossen empfohlen, dies bei den kommenden Ausflügen zu beachten. Alle übrigen Wirte habe es abgelehnt, den „Bormärts“ in ihrem Lokal auszugeben.

**Das Rundfunkprogramm.**

**Donnerstag, den 13. Mai.**

9 Uhr vorm.: Morgenfeier. 11.30—12.50 Uhr nachm.: Konzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 4 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenmärchen. „Malkäfers Eode und Bienchens Rache“. Erzählt von Dr. med. E. Mosbacher. 5 Uhr nachm.: Rezitation. 1. R. Auernheimer: Stanniol. 2. Auernheimer: Das Walzermonument (Grotto Ilm). 6—6.30 Uhr abends: Kammermusik. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 7 Uhr abends: Regierungsrat Dr. Mario Kramer: „Berlin im Wandel der Zeit (Die Stadt in der Biedermeierzeit)“. 7.30 Uhr abends: K. W. Goldschmidt: „Die Dichtung der modernen Wirklichkeit“ (Poesie des Plures). 8 Uhr abends: Der Roman als Funkspiel. Vorlesung Fortsetzung „Die Katastrophe“, von H. J. Gramatski (als Funkspiel bearbeitet). 8.30 Uhr abends: Orchesterkonzert. Unter Mitwirkung von Selma Kramer, Flügel. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Strauß: Barleske (Selma Kramer). 2. Rimskij-Korsakow: Capriccio espagnol. Alborada. — Variationen. — Alborada. — Scena e Canto gitano. — Pandango asturiano. 3. Tschajkowsky: Fünfte Sinfonie E-Moll, op. 64 Andante. — Andante cantabile, con alcuna licenza. — Valse (Allegro moderato). — Finale (Andante maestoso) (Berliner Funkorchester). Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

**Freitag, den 14. Mai.**

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
 4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. 5.30—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowaki. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 6.30 Uhr abends: Dr. Rich. H. Stein: „Einführung zu der Übertragung aus der Staatsoper am Königplatz am 13. Mai.“ 7.20 Uhr abends: „Krieg der Rückkopplern!“ (G. J. Kroner und Oberingenieur Otto Nair). 7.50 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Hochschule). Abteilung Astronomische Erdkunde. Dr. Adolf Marcano: „Einführung in die astronomische Erdkunde (Vermessungen und Gradmessungen zur Bestimmung der Erddimensionen)“. 8.30 Uhr abends: Dunter Abend. 1. a) Nowojewski: Unter der Friedensflagge, b) Abt: Die Nacht, c) Ziehrer: Wiener Bürger, Walzer (Mundharmonikaorchester „Stern“, Dirigent: Artur Marquard). 2. a) Oskar Wolde: Die Nachtigall und die Rosa, b) Brüder Grimm: Rumpelstilzchen (Erika v. Tollmann, Rezitation). 3. a) Pergolese: Nina, b) Discepol: Gavotte, c) Mendelssohn: Reiselied, d) Schmalstieg: Capriccio (Konzertmeister Julius Berger, Cello). 4. Cornilins: a) Schlaflied aus der Operette „Die Frühlingsfeier“, b) Laridon, Laridon, Chanson, c) Fr. Holländer: Rokokolied aus „Heimliche Brautfahrt“ (Bibo), d) O. Urack: Chanson aus „Mister Globetrotter“ (Bibo), e) Cornilins: Der Hampelmann (Erika v. Tollmann, Sopran). 5. a) Golttermann: Andante, b) Janetschek: Serenade, c) van Biene: Broken-Melody, d) Giordani: Caro mio ben, e) Popper: Gavotte (Konzertmeister Julius Berger). 6. a) Lange: Großmütterchen, b) Mendelssohn: Jügers Abschied, c) Marquard: Sternmarsch (Mundharmonikaorchester „Stern“, Am Flügel: Ben Geysel). Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

**Königswusterhausen, Freitag, den 14. Mai.**

3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Fr. G. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Stadionrat Scheiffler: Schwierigkeit des Empfangs in großen Städten, besonders Sendestädten (selektive Empfänger). 4—4.30 Uhr nachm.: Fr. Direktorin Henschke: Bilder aus unserem Schulleben. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr abends: Dr. Max Winkel: Fische und Eier. 7.30—9.20 Uhr abends: Fortbildungsvorträge für Ärzte (Dozenten und Themen werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben). 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

**Die „Norge“ hat den Nordpol überflogen.  
Auf dem Wege nach Alaska.**

Von Bord der „Norge“ wurde dem „Corriere della Sera“ am Mittwochmorgen 1 Uhr gemeldet: Wir haben den Nordpol in diesem Augenblick erreicht und an seiner Stelle die norwegische, amerikanische und italienische Flagge abgeworfen. Amundsen, Ellsworth und Nobile. Gleichzeitig erhielt das Blatt von der Kingsbay folgende Einzelheiten über das denkwürdige Ereignis: Das Abwerfen der drei Fahnen auf den Nordpol war das ergreifendste Vorkommnis dieses Fluges. Als die von Larsen vorgenommenen Beobachtungen zeigten, daß wir über dem Nordpol waren, begann sich die „Norge“ zu senken. Die Geschwindigkeit wurde vermindert und die Flaggen auf das Eisgebiet abgeworfen, dessen Ränder wie Gold im hellen Lichte der Mitternachtssonne leuchteten, die den Nebelschleier durchdrachen. Amundsen warf als erster die norwegische Flagge ab, es folgten Ellsworth mit dem Sternbanner und Nobile mit der italienischen Trifloro.

**Der Luftverkehr nach den Pariser Abmachungen.**

Wie II. mittelt, wird der Luftverkehr nach den Pariser Abmachungen entgegen anderslautenden Nachrichten so gehandhabt werden, daß demnächst in Paris deutsche Flugzeuge und auf dem Tempelhofer Feld französische Flugzeuge, d. h. nach baritätlichem Prinzip erscheinen werden. Frankreich wird die Strecke Straßburg—Prag mit einer Zwischenlandung in Hertz zugebilligt erhalten, während deutsche Flugzeuge nach Südfrankreich einfliegen und von dort die Strecke nach Madrid betreiben können, um später den Verkehr nach Südamerika übernehmen zu können. Das Deutschland—Spanien-Projekt wird jedoch aus technischen Gründen erst im nächsten Frühjahr zur Ausführung gelangen. Die Strecke Stockholm—Paris über Hamburg wird, entgegen anderslautenden Meldungen, mit bänischen Flugzeugen im Rahmen der Linie Köln—Paris betrieben werden.

**Der Rheinlandsender.**

Die Frage des Rheinlandsenders ist jetzt so geregelt worden, daß der Rheinlandsender zunächst in Langenfeld, nördlich von Elberfeld, das gesamte rheinische Gebiet mit Rundfunkdarbietungen versorgen soll. Dieses Gebiet umfaßt das Ruhrgebiet und auch die Städte am linken Rheinufer von Wesel bis Köln. Die endgültige Errichtung des Rheinlandsenders südlich von Köln soll noch vorbehalten bleiben. Die Energie des Senders in Langenfeld wird 60 Kilowatt betragen. Der neue Sender wird voraussichtlich im Herbst in Betrieb genommen werden, von welchem Zeitpunkt ab die provisorischen Rhein- und Ruhrsender Elberfeld und Dortmund wegfallen.

**Sport.**

**Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, den 12. Mai.**

1. Rennen. 1. Friedrichsdor (G. Lautenberger), 2. Gribling jr. (H. Schulz), 3. Offi (B. Lemmer). Toto: 62 : 10. Platz: 21, 20, 47 : 10. Ferner liefen: Anna Laura, Schiller Tebbn, Peter Hoff, Gerhard, Wintermärchen, Alice Loddington, Holstein, Sir Gaid, Negrim.  
 2. Rennen. 1. Romul (B. Gerdert), 2. Paula Bingen (Gauß jr.), 3. Blaumelle (G. Lautenberger). Toto: 25 : 10. Platz: 16, 17, 30 : 10. Ferner liefen: Rallust, Ehe S. I., Karne, Prinzessin Etawah, Belle, Ragbad.  
 3. Rennen. 1. Dull quack (B. Lemmer), 2. Breislled (Großmann), 3. Nautico (E. Trenberg). Toto: 15 : 10. Platz: 10, 11, 10 : 10. Ferner liefen: Quadral, Turidbu, Friedhard, Röglich.  
 4. Rennen. 1. Suban (G. Nils), 2. Norientner (J. Nils), 3. Margot (Herm. Schlemmer). Toto: 30 : 10. Platz: 17, 15 : 10. Ferner lief: Erdmann.  
 5. Rennen. 1. Belminize (C. Schmidt), 2. Coriolanus (Höding), 3. Cullite B. Peitz). Toto: 48 : 10. Platz: 20, 15, 24 : 10. Ferner liefen: Benetict, Brillon Prinz, Erster Bollerfomer, Hippologie, Garade, Korrigan jr., Baron Batta jr., Deutscher, Solome, Juge I, Geralt.  
 6. Rennen. 1. Beschled (Rudolph jr.), 2. Jora (G. Nils), 3. Prognah (Großmann). Toto: 30 : 10. Platz: 14, 13, 18 : 10. Ferner liefen: Rittschlor, Baron Armorth, Al Raycia Still, Clematis blau, Algold, Barcel.  
 7. Rennen. 1. Citan (J. Nils), 2. Rorantian (G. Lautenberger), 3. Rurgalt (Hinn). Toto: 261 : 10. Platz: 75, 22, 21 : 10. Ferner liefen: Gersteler, Holmeisterin, D'Captain Teerdera, Götterbot, Heibeler, Glasböcker, Siegliecht, Gaudier jr., Triumph, Helte.  
 8. Rennen. 1. Ledung (Gauß), 2. Königsdler (G. Lautenberger), 3. Barmald (C. Schmidt). Toto: 104 : 10. Platz: 26, 25, 27 : 10. Ferner liefen: Nobanislüfer, Fedra, Ide Rittin, Hödenonne, Biametta, Cleo Batta, Adler.

**KAFFEE HAG**  
 coffeinfreier Bohnenkaffee  
 hoch aromatisch und bekömmlich

**Das billige**  
**PRENGST-ANGEBOT**  
 Unsere Riesensläger bieten eine überwältigende Auswahl. — Unsere billigen Preise sind stadtbekannt

**12,50**  
 Beige-Einspangenschuhe, echt Boxcalf  
 elegante Form, Kommiss.-Absatz

**Leiser**

Das größte Schuh-Spezialhaus mit der größten Auswahl Berlins.

Grau u. blond Chevreau-Spangenschuhe	14 <sup>50</sup>
Stegspange, sehr fesches Modell.....	
Blond Chevreau-Einspangenschuhe	16 <sup>50</sup>
mit Durchbruch u. relz. Blattflechtereil, echt Louis XV.-Absatz	
Braun Mastbox-Herrn-Schnürschuhe	12 <sup>50</sup>
modernes apizze Form, weiss gedoppelt.....	



# Luthers Sturz im Reichstag.

## Annahme des demokratischen Mißtrauensantrages mit 176 gegen 146 Stimmen bei 103 Enthaltungen.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsdebatte bezeichnete Abg. Höflein (Komm.) die Verordnung des Präsidenten als einen Versuch, auch das letzte bürgerliche Papier zu beilegen, davon der Weimarer Verfassung übrig geblieben sei. Das Reichsbanner sei nichts anderes als eine Schutzgruppe der Bourgeoisie. Der Hinweis des Herrn Giesberts auf die Gefahr von Rechtsputschen sollte nur dazu dienen, vor der Entfesselung einer Kabinetskrise zu warnen. Die Sozialdemokratische Partei besorge die Geschäfte der Bourgeoisie.

### Abg. Dr. David (Soz.)

Dem gegenüber dem kommunistischen Redner, daß er es ablehne, bei dieser Gelegenheit in einen Streit mit der kommunistischen Partei einzutreten. Nur sozial habe ich heroor, daß wir dem Volke die Möglichkeit gegeben haben, seinen Willen einwandfrei durch seine Vertretung zum Ausdruck zu bringen. Sie (an den Kommunisten) wollen die Diktatur, die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, die Aufhebung der Demokratie. Die Regierung hat erklärt, daß sie mit ihrer Verordnung die Verödung in der Flaggfrage herbeiführen will. Die Debatte hat aber gezeigt, daß sie sich auf einem Irrwege befindet und auch die Bewegung im Lande dürfte ihr die Augen darüber geöffnet haben, welche Wirkung sie mit ihrem Vorgehen erzielt hat. Es ist schon einmal der Versuch unternommen worden, eine Ausföhrung in der Flaggfrage herbeizuföhren, nämlich von der Sozialdemokratischen Partei in Weimar im Jahre 1919. An die damaligen Verhältnisse muß noch einmal erinnert werden, um den richtigen Ausgangspunkt zu der heutigen Bewegung zu finden. In Weimar existierte die schwarzweiße Fahne gar nicht mehr. Es ist historisch falsch, daß die schwarzweiße Fahne zu Boden geworden und die schwarzrotgoldene Fahne an ihre Stelle gesetzt sei. Damals war im ganzen Reich die schwarzweiße Fahne nicht mehr zu sehen.

Auch die Anhänger des alten Systems, die ja überhaupt nicht daran gedacht haben, dies System zu verteidigen, hatten ihre Fahne eingerollt und in die Ecke gestellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damals war noch überall die rote Fahne hochgehalten. In allen öffentlichen Gebäuden, im ganzen Reich war die rote Fahne damals nur zu sehen, auch das Hotel Adlon, das jetzt beim Besuch der Amerikaner nicht gemogt hat, die Reichsfahne zu zeigen, hat damals wochenlang die rote Fahne gehißt. (Hört, hört!) In der damaligen Situation hat die Sozialdemokratie auf die rote Fahne als Reichsfahne verzichtet, sie ist für Schwarzrotgold eingetreten, weil damals allgemein verstanden wurde, daß eine Vereinigung des ganzen Volkes unter diesem überstaatlichen Symbol erreicht werden könne. Unsere Farbe war stets die rote Fahne, Schwarzrotgold war uns fremd. Nur auf den Gräbern der Gefallenen konnte man noch einige schwarzrotgoldene Fahnen der Demokratie sehen. Die Farbe der Arbeitermassen war rot. Die rote Fahne ist auch weiter die Parteifarbe der Sozialdemokratie geblieben. Nur die Erkenntnis, daß hinter unserer Parteiung nicht die Gesamtheit des Volkes zu bringen sei, hat uns veranlaßt, mitzugehen, um unter der schwarzrotgoldenen Fahne die Einheit des deutschen Volkes herbeizuföhren. So sind diese Dinge entstanden.

Wie sehr auch andere Kreise damals davon überzeugt waren, daß Schwarzrotgold das Volk zusammenföhren werden, beweisen die Ausföhrungen des völkischen Abgeordneten Reinhold Wulle, der anerkannt hat, daß nur die schwarzrotgoldene Fahne das Kennzeichen des deutschen Ideals sei. (Hört, hört! links.) und daß nur unter dieser Fahne der Gedanke der deutschen Einheit verknüpfbar werden könne. (Lebhaftes Hört, hört!)

Schwarzrotgold war aber auch durch die deutsche Geschichte als die Fahne des neuen Reichs gegeben. Sie war die Fahne der großen deutschen Einheitsbewegung im 19. Jahrhundert. Oesterreich ist aus dem Reich hinausgedrängt worden und aus den Fahnen schwarzweißrot, wir wünschten es wieder herinzuholen und in den alten Reichsfarben Schwarzrotgold. Bismarck hat die alte Fahne des deutschen Reichs übergangen, sie war damals, als er den Flaggwechsel vornahm, noch gar nicht abgeschafft. Die schwarzrotgoldene Fahne wurde im Jahre 1848 auch zur Fahne des deutschen Bundes gemacht.

Die alte Reichsarmee trug bis zu ihrer Auflösung die schwarzrotgoldene Kokarde, Bismarck hat diese Farben abgelehnt, weil er die großdeutsche Einheitsbewegung nicht wollte, er wollte die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung. Schwarzweißrot stand aber im Gegensatz zum Gedanken der großen deutschen Einheitsbewegung. (Sehr richtig! links.)

Bayern hat jahrelang die schwarzweiße Fahne auf seinen Staatsgebäuden nicht aufgezogen, dagegen hat die kaiserliche Standarte die Farben schwarzrotgold gezeigt. Für uns besteht nicht die geringste Möglichkeit, Schwarzweißrot aufzupflanzen. Darum ist denn aber auch ein Ausgleich nicht möglich. Die Schuld liegt ganz auf der rechten Seite. Unser Engagement hat sich schlecht gelohnt. Die schwarzweiße Fahne ist die Fahne des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterschaft gewesen. Eine Begeisterung der Arbeiter für sie anzuschöpfen, ist nicht möglich. Sie ist zur Kampffahne der Monarchisten und Reaktionäre gemacht worden, die die Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates wollen. Damit ist für uns die alte Fahne ganz und gar unmöglich geworden. Sie (nach rechts) haben diese Fahne zur Kampffahne gegen die Demokratie gemacht. Warum ist als Handlung die schwarzweiße Fahne mit der schwarzrotgoldenen Wölsch aufgefunden worden? Nur weil die Schiffahrtstreife behaupteten, Schwarzrotgold sei auf längere Entfernung hin nicht zu sehen. Das war ein Fehler, den sich aber die Gegner der schwarzrotgoldenen Fahne zunutzen gemacht haben. Dazwischen liegen aber einige wesentliche Ereignisse. Dazwischen liegt der Meuchelmord an Erzberger, ausgeführt von Döngsmann. Die sich mit Schwarzweißrot gekleidet hatten, dazwischen liegt der Mord an Rathenau, wiederum unter schwarzweißroten Farben ausgeführt. Präsident Ebert hatte gern einen verbindenden Ausgleich gefunden, aber seine Bemühungen sind ihm sehr schlecht belohnt worden. Er selbst ist in den Tod geschickt worden von Leuten, die sich mit Schwarzweißrot schmückten. Als der erste Präsident der Republik, dem das deutsche Volk so vieles zu verdanken hat, durch die deutschen Gaule nach seiner Heimat zurückgeführt wurde, als der Stiel auf die unfruchtbaren schwarzrotgoldenen Fahnen, damals vernahmte sich im Herzen von Millionen Trauer und Jörn. Und das ist das Entschädende. Die Herzen von Millionen Arbeitern schlagen jetzt für eine Fahne, die Fahne von Märtyrern geworden ist, die

für die Republik gelebt und gewirkt hatten. Seitdem ist eine neue Mentalität entstanden, seitdem sind die neuen Jorden Millionen von Arbeitern aus Herz gewachsen. Die Massen, die jetzt für das Reichsbanner aufmarschieren sind, sind Männer, die im Schützengraben gelegen haben, die politisch geschult sind. Sie wissen, durch die bitteren Erfahrungen belehrt, daß die Gegner der Republik sich nur der Macht beugen. (Sehr richtig! links.)

Die Gegner der Republik müssen auf Granit beßen bei jedem Versuch, die schwarzrotgoldene Fahne herunterzuholen. Dann werden sie sich auch den Lasten beugen, wie sie sich auch den Lasten im November 1918 gebeugt haben. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Es ist ein unerträglich Zustand, im Auslande zwei Flaggen des Reichs zu zeigen, die eine des alten monarchistischen Staates und die andere, die das Zeichen der Republik ist. Das wäre nur dem Auslande gegenüber ein Symbol der Zwietracht, die auch das neue Deutschland beherrscht. Es würde auch ein unerträglich Zustand sein, daß jedesmal draußen die Flaggen gewechselt werden, wenn sich die Rechtsverhältnisse ändern. Es gibt für das Reich nur eine Fahne, und das ist Schwarzrotgold. (Sehr richtig! links.) Nun wird behauptet, daß die Auslandsdeutschen sich für Schwarzweißrot erklärt hätten. Das gilt höchstens für eine Minderheit der Auslandsdeutschen. Der Redner verliest unter dem Beifall der Linken eine Anzahl Zuschriften aus dem Auslande, aus Argentinien, aus Mexiko, aus Stockholm, worin hervorgehoben wird, daß die amtlichen Reichsfarben im Auslande wohlbekannt und angesehen seien, und über den Terror der Anhänger der schwarzweißen Fahne gegen die Anhänger der Republik geklagt wird. Wenn hat uns sogar gefragt, daß man mit der schwarzweißen Fahne Geschäfte machen könne, aber nicht mit der schwarzrotgoldenen. Nun liegt es doch so, daß die meisten Länder, mit denen wir Geschäfte machen, Republikaner sind, und ihnen ist die Fahne der Republik sicher angenehmer als die Fahne des alten Kaiserreichs. Ist denn die Reichsfahne überhaupt eine Geschäftsfahne?

Wir müssen aber noch eines bedenken, unter den Farben Schwarzweißrot kämpfen die Kreise, die die Wiederaufrichtung der Monarchie betreiben.

In dem Briefe des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern, den der Abg. Veicht kürzlich hier verlesen hat, ist ausdrücklich angekündigt worden, daß die Entwicklung zur früheren Dezentralisation zurückgehen müsse, also noch vor das Bismarcksche Reich. Die Bayern wollen den Wittelsbachern, die Preußen den Hohenzollern wieder zur Herrschaft verhelfen. Wir würden also wieder das Festgeheiß hören, die Wittelsbächer die Hohenzollern! Schon rehet man ja davon, daß ein österreichisch-süddeutsch-weltweites Staatswesen unter der Führung der Wittelsbächer hergestellt werden sollte. Wir dagegen wollen die deutsche Republik aufbauen zu einem wahren sozialen Gemeinwesen, zu einem einzigen deutschen Vaterland, zu einem ständigen materieller Wohlfahrt, daß auch im Auslande als im Zeichen höchster Kultur stehend anerkannt wird. Die Monarchisten, die uns in die alte Zeit zurückföhren wollen, stehen einer gefährlichen Front der schwarzrotgoldenen Republikaner entgegen. Wir werden die Reichsfarben nicht herunterholen lassen, sondern dafür kämpfen, daß das neue Reich einer glücklichen Zukunft entgegengeführt wird. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (Dnall.): Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß das geistige Vorgehen der Preussischen Regierung gegen einige Rechtsorganisationen ein unerhörtes Akt war. (Lebhaftes Zustimmung rechts. Große Unruhe links.) Die Hausdurchsuchungen, die Beschlagnahme, die Festnahme sind erfolgt ohne jeden rechtlich ausreichenden Grund. (Lärm. Zurufe links.) Wir fragen, ob die zuständigen Stellen der Reichsregierung über die Vorgänge informiert worden sind. Dieses Vorgehen ist von außerordentlich durchdringenden politischen Motiven diktiert. Es sollte in der uns ja genug bekanntem Akt und Weile eine große politische Sensation geschaffen werden, aus der heraus gegen uns hier Sturm gelaufen werden sollte. (Erneuter Lärm links.) Es sollte abgedacht werden, das in jedenfalls die Wirkung, von derjenigen revolutionären Gefahr, vor der unser Land nicht, von der bolschewistischen Gefahr. (Erneuter Lärm links.) Die Wirkung dieser Maßnahmen ist jedenfalls die, daß die Gefahr der bolschewistischen Bewegung vergrößert worden ist. (Wiederholte lärmende Zurufe auf der Linken.) Wir sind der Meinung, daß der Herr Reichsminister des Innern entweder an diesen Dingen beteiligt ist, oder aber seine Pflicht veräußert hat, rechtzeitig das Eingreifen der Reichsregierung zu veranlassen. — In der Flaggverordnung sehen wir einen Schritt, der dem berechtigten Empfinden der Auslandsdeutschen in weitem Maße entgegenkommt. Die in dem völkischen Mißtrauensantrag erwähnten Forderungen werden helfen auch wir nicht für begriffen; aber diese Forderungen erscheinen uns gegenüber der Gesamtmeinung der Bevölkerung als minder wichtig. (Lärm und Unruhe links.) Nicht einverstanden können wir sein mit dem Verhalten des Herrn Reichskanzlers und des Kabinetts bei den Verhandlungen, die über diese Flaggverordnung im hohen Hause geführt worden sind. Wir hoffen, daß der Reichskanzler noch einmal eine Erklärung abgeben wird. (Zurufe und Lärm links. — Wieviel kostet das Geschäft?) Das sozialdemokratische Mißtrauenssystem können wir selbstverständlich nicht annehmen. Zahlreiche Mißtrauensanträge liegen vor, die die Lage um so mehr verwirren, als sowohl Zentrum und Demokraten die Mißtrauensanträge gegen ihre eigenen Minister gestellt haben. Die Verantwortung für den jetzigen Zustand tragen in erster Linie die Demokraten. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Wir haben keinerlei Veranlassung, den Demokraten für den von ihnen geschaffenen Wirrwarr die Verantwortung irgendwie abzunehmen. Die Situation besteht darin: Die gegenwärtige Regierungskoalition ist, möge die Abstimmung ausfallen wie sie wolle, in sich zusammengebrochen. Wir wissen nicht, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden und haben deshalb keinen Anlaß, in die ohne unser Zutun entstandene Krise irgendwie aktiv einzugreifen.

Wir werden uns daher bei allen Anträgen der Stimme enthalten. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Innern Dr. Kölsch erklärt, daß Polizei und Justiz in erster Linie Angelegenheit der Länder sei. Selbstverständlich nehme das Reich an dem Vorgehen der Polizei das nachdrücklichste Interesse, aber das Ermittlungsverfahren schwebt, und der Minister könne daher nichts darüber sagen. Jeder Putsch werde ihn als stellvertretenden Reichswehrminister und als Reichsinnenminister an der Stelle finden, wo er hingehöre. Reichskanzler Dr. Luther: Der Abg. Graf Westarp vermehrte die nötige Sicherheit, daß ich die Verordnung im Sinne der gestrigen Erklärung ausführen werde. Ich muß demgegenüber im Interesse jeder Regierung auf das ernste Vermahnen darüber einzeln, daß eine bestimmte Erklärung in Zweifel gezogen wird.

### Die Abstimmungen.

Es folgen die Abstimmungen. Man bemerkt, daß diejenigen Minister, die gleichzeitig Abgeordnete sind, ihre Plätze im Hause einnehmen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird zuerst über den Antrag der Bäckischen abgestimmt. Der erste Teil dieses Antrages, der die Flaggverordnung mißbilligt, weil sie nach Meinung der Antragsteller den Anhängern von Schwarzrotgold zu weit entgegenkomme, wird in namentlicher Abstimmung mit 326 gegen 13 Stimmen bei 91 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt. Das Ergebnis wird mit Heiterkeit aufgenommen. Der zweite Teil des völkischen Antrags, der der Regierung das Mißtrauen ausdrückt, wird in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 163 Stimmen der Bäckischen, Sozialdemokraten und Kommunisten bei 91 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt.

Präsident Ebert macht darauf aufmerksam, daß bisher nur das vorläufige Ergebnis der Abstimmungen mitgeteilt worden sei. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Abstimmungen und da auch nur wenige Stimmen die Entscheidung ändern könnten, werde er noch heute das endgültige Ergebnis feststellen lassen.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Flaggverordnung mißbilligt und deswegen dem Reichskanzler das Mißtrauen ausdrückt, wird mit 176 gegen 144 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 104 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den ersten demokratischen Antrag, der die Anregung des Reichspräsidenten auf Schaffung der Einheitsflagge begrüßt, erklären die Abgg. Graf Westarp und v. Graefe, daß die Deutschnationalen und Bäckischen sich der Stimme enthalten würden. Graf Westarp bemerkt dazu, daß seine Freunde die Anregung des Reichspräsidenten begrüßen.

Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den demokratischen Mißbilligungsantrag gegen den Reichskanzler, der folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag mißbilligt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggfrage eine Gefährdung dieser Frage schwebt und in sorgloser Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat.

Dieser Antrag wird mit 176 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 146 Stimmen bei 103 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und Bäckischen angenommen.

Das Ergebnis wird auf der linken Seite mit lebhaftem Beifall begrüßt. Das Zentrum verzichtet nunmehr auf die Abstimmung seines Antrages.

Präsident Ebert erklärt, das Abstimmungsergebnis sei detari, daß von der Feststellung des endgültigen Ergebnisses keine Veränderung zu erwarten sei.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

## Die Kronprinzessin enteignet.

### Eine bezeichnende Klage im Landtag.

Der Preussische Landtag legte gestern die Beratung des Kultushaushalts beim Abchnitt „Kunst“ fort.

Abg. Adalg (Soz.) begrüßt die Wandertheater der Landesbahnen, die es ermöglichen, billige Vorstellungen für die breiten Massen zu geben. Dazu müsse der Staat Zuschüsse geben. Die Erhaltung der Theater in den Grenzgebieten im Osten, Westen und in Schleswig erfordern gleichfalls größere Mittel.

Ministerialdirektor Rentwig legte die Gründe dar, die zu den Bestimmungen über die Erteilung des Rußlandreisepasses geführt haben.

Damit schließt die allgemeine Ansprache.

In der Einzelaussprache verweist Abg. Dr. Bohner (Dem.) darauf, daß in dem Schloßmuseum seit einiger Zeit ein paar Sesselsäfen sowie einige andere wertvolle Gegenstände nicht mehr zu sehen seien. Auf Anträge sei mitgeteilt worden, daß das Eigentum an diesen Sachen strittig sei. Das Land habe der Kronprinzessin für die Baken Rembrandt-Bilder angeboten. Die Kronprinzessin sei auf diese Verhandlungen auch eingegangen, habe aber geheißen, die Baken noch einmal sehen zu dürfen; und zwar wolle sie aus persönlichen Gründen deshalb nicht das Schloßmuseum verlassen. Die Baken wurden ihr daher in das Niederländische Palais gebracht mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß sie nur zur Besichtigung bestimmt seien.

Im Niederländischen Palais seien die Baken verschwunden. Auf telephonische Anfrage sei die schweigsche Antwort erteilt worden, der Staat halte ja keine Verpflichtungen, deshalb brauche die Kronprinzessin auch nicht die Baken zu halten. Die Baken sollen jetzt in Dets sein.

Ministerialdirektor Rücker ertört unter lebhafter Zustimmung der Linken und der Mitte des Hauses, daß die deutsche Kultur heute im Internationales eine so hohe Stelle einnehme, wie sie im alten Lehrplan nicht bestand. Wir könnten unsere deutsche Vergangenheit nur als eine ewige Auseinandersetzung mit dem Französischen verstehen.

Ministerialdirektor Kaestner betont, daß er in Ober-Schlesien einen ganz besonders starken Eindruck davon gewonnen habe, wie es gelungen sei, die dortigen Volksschulen wieder aufzubauen. Das dortige Volksschulwesen stehe dem westlichen in nichts nach. Die Staatsregierung werde für diese Grenzgebiete alles irgend wie Mögliche tun.

Damit ist die zweite Beratung des Kultushaushalts beendet bis auf die Abstimmungen, die am 18. Mai stattfinden sollen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung kommt es zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte über einen deutschnationalen Antrag, als ersten Punkt am Freitag den deutschnationalen Antrag zu behandeln, nach dem alle Polizeibehörden strenge Anweisungen erhalten sollen, ungelegliche Hausdurchsuchungen gegen vaterländische Verbände und Verhaftung ihrer Führer zu unterlassen. Dieser Antrag stützt sich auf Vorkommnisse vom Dienstag. Das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten widersprechen ihm, weil er einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren bedeute. (Gelächter rechts.) Damit ist der Antrag geschäftsordnungsmäßig gefallen. Auch gegen die Beratung des Antrags der Deutschen Volkspartei über die Groß-Hamburg-Frage wird Widerspruch erhoben.

Um 5 Uhr vertagt sich der Landtag auf Freitag, den 14. Mai, mittags 12 Uhr: Kollage der Fremdenindustrie, Haushalt des Landtags, des Staatsrats und der Polizeiverwaltung.

## M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbusser Tor	
Strassen-Anzüge	von 49 <sup>00</sup> an
Frühjahrs-Mäntel	von 45 <sup>00</sup> an
Gummi-Mäntel	von 18 <sup>00</sup> an
Imp. Gabard.-Mäntel	von 49 <sup>00</sup> an
Windjacken	von 12 <sup>00</sup> an
Breeches	von 10 <sup>00</sup> an

Nur eigenes Fabrikat!

# Gewerkschaftsbewegung

## Verschärfung der Baukontrolle. Einstellung von Baukontrolleuren.

Im preussischen Landtag ist von dem Abg. Haeje - Wiesbaden (Soz.) und Genossen folgende Kleine Anfrage gestellt worden:

Da der letzten Zeit mehrten sich die Bauunfälle in erschreckender Weise, insbesondere in Groß-Berlin ereignen sich fast täglich folgenschwere Unfälle. Durch diese Zunahme der Unfälle im Baugewerbe ist unter der Bauarbeiterchaft sowohl als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung eine große Beunruhigung entstanden.

Was beabsichtigt das Staatsministerium zu tun, um diesen unheimlichen Zuständen abzuhelfen?

Ist das Staatsministerium bereit, für eine bessere behördliche Überwachung der Bauten Sorge zu tragen und entsprechend dem Beschluß des Landtages vom Oktober 1925 den Gemeinden und Kreisen alsbald die Anstellung von Kontrolleuren aus Bauarbeiterkreisen zur Pflicht zu machen?

Auch die Anträge halten eine bessere behördliche Überwachung der Bauten und hierzu insbesondere die Einstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen für notwendig; ähnlich wie der Leiter der Berliner Baupolizei.

Ein Artikel im Heft 45 der Bauwelt kann sich mit einer solchen Lösung der Angelegenheit nicht befassen. Den Arbeitern wird darin ziemlich unerbittlich die fast alleinige Schuld an den Bauunfällen zugeschoben, da ja sie selbst und nicht der Unternehmer die Gerüste bauen und dabei wieder schadhafte noch unzureichendes Material zu verwenden brauchen. Der Unternehmer tue außerdem das übrige, um jeden Unfall zu vermeiden. Seien unter diesen Voraussetzungen die Bauarbeiter zur Herstellung standfester Gerüste nicht befähigt, wie sollten sie da erst zur Prüfung dieser Einrichtungen geeignet sein.

Diese Begründung ist „durchschlagend“. In der Praxis sieht es aber wesentlich anders aus. Wie verweisen auf die Jahresberichte der Baugewerkschaftsgenossenschaften und der Gewerbeaufsichtsamter in Süddeutschland. Darin finden sich zahlreiche Klagen über das geringe Verständnis einzelner Unternehmer gegenüber den notwendigen Maßnahmen zur Unfallverhütung, und ebenso wird häufig als Ursache bei Verstößen oder Unfällen

### Schadhafes oder fehlendes Rüstmaterial

bezeichnet.

Im Anschluß daran verweisen wir auf Bayern, das sich schon in der Vorkriegszeit mit gutem Erfolge der Baukontrolleure bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren bediente. Die übrigen Freistaaten der Republik haben sich diesem Vorgehen erst nach dem Kriege angeschlossen.

Einigen der den Baukontrolleuren nachgesagten „Unfähigkeit“ bestätigen die Verwaltungsstellen, denen sie unterstellt sind, die guten Erfolge, die durch die Einstellung erzielt worden sind. Berlin und auch andere Orte planen eine Vermehrung ihrer Baukontrolleure. Spricht das nun gegen oder für sie? Es ist auch unrichtig, wenn die Tätigkeit der Baukontrolleure so dargestellt wird, als wenn sie lediglich Beschwerden der Arbeiter über Sicherheitsvorkehrungen, die vom Unternehmer nicht beachtet werden, entgegenzunehmen und weiterzuleiten hätten. Die Muster-Dienstweisung für Baukontrolleure des preussischen Wohlfahrtsministeriums vom 30. August 1919 begrenzt klar ihr Aufgabengebiet.

Im ersten Teil des Artikels wird die baupolizeiliche Überwachung und ganz besonders durch „Arbeiterkontrollen“ abgelehnt, im zweiten Teil dagegen einer Vermehrung der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften zu dem gleichen (zuerst doch unbilligen) Zweck wohlwollender gegenübergetreten. Ihre Unparteilichkeit und größere Sachkenntnis im Vergleich zu den Baukontrolleuren werden als Gründe für diesen Frontwechsel angeführt. Die aus Arbeiterkreisen stammenden Kontrolleure brauchen derartige unbewiesene Behauptungen nicht einfach einzustehen. Welche Enttarnung würde ausgelöst, wenn umgekehrt die Ansicht geäußert würde, das Wohlwollen für die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften entspringt der Erwartung, von dort „günstiger“ übermacht zu werden.

### Die volkswirtschaftlichen Gründe.

die in den Schlußbetrachtungen gegen eine erweiterte baupolizeiliche Überwachung geltend gemacht werden, gehen von falschen Voraussetzungen aus. Es ist nicht richtig, zu behaupten, die zur Verhütung von Unfällen und Gesundheitsschädigungen vorgenommenen Arbeiten seien unproduktiv und noch weitere Personen damit zu beschäftigen wäre wirtschaftlich vielleicht nicht tragbar. Im Gegenteil, die Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Arbeitskraft der Bevölkerung ist von so hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß die Kosten, die dabei entstehen, von der Wirtschaft sehr wohl zu tragen sind. Diese Kosten sind bekanntlich erheblich geringer, als die Ausgaben, die im anderen Falle entstehen durch die Beseitigung und Vergütung der Berufsschädigungen.

Der Ausbau der Unfallverhütung und die damit zusammenhängende vermehrte Einstellung von Kontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterchaft bedeutet wirklich keine Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Es sei hierbei auf Amerika hingewiesen, das in letzter Zeit beträchtliche Summen zum Zwecke der Unfallverhütung verausgabte. Die föhrl rechnenden Amerikaner würden dies sicherlich nicht tun, wenn sie sich davon keinen Erfolg und Nutzen versprächen. Bileicht wird von denen, die die in der Unfallverhütung tätigen Personen als unproduktive Kräfte hinzustellen besteben, mit größerem Erfolge untersucht, ob und wie lange die während der Inflationszeit vorgenommenen

### Ueberproduktion an Direktoren

aller Art in der heutigen Zeit für unser Wirtschaftsleben noch notwendig und tragbar ist.

Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Dieser Satz der Reichsverfassung erfordert zu seiner praktischen Durchführung umfassende und durchgreifende Maßnahmen gegen Schädigung und Verlust.

Es ist einfach selbstverständlich, hierbei der Arbeiterschaft, die Jahr um Jahr große Opfer an Leben und Gesundheit bringt, ein weitgehendes Mitspracherecht einzuräumen. Die Anstellung von Bau-, Gewerbe- und Handelskontrolleuren hat wesentlich zur Verminderung der Berufsschädigungen beigetragen. Das wird auch künftig im Bergbau sich zeigen. Wird dagegen Widerspruch erhoben, dann vielleicht aus dem Grunde, weil der alte Herr-im-Hause-Standpunkt die Einsicht noch nicht zuläßt, daß auch aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Aufsichtspersonen sachlich berechtigte und durchführbare Anordnungen zum allgemeinen Nutzen zu treffen vermögen.

Zur Eindämmung der Unfälle im Baugewerbe, als auch der allgemeinen Berufsgefahren, ist es dringend notwendig, den Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft eine Mitwirkung auf diesem Gebiete im weiteren Umfange als bisher und in unabhängiger Stellung einzuräumen.

## 15. Verbandstag der Dachdecker.

Friedrichroda, 12. Mai. (Eigenbericht.) In der Abend-sitzung am Montag wurden die Schlußworte der Berichtspräsidenten entgegengenommen und eine Reihe Anträge erledigt. Abgelehnt gegen die Stimmen wurden die Anträge, die Anwendung an den Verband einzelner Baubetriebe zu streichen. Auch die Anträge, die von der Verbandseitung eine andere Haltung in politischen Fragen verlangten, wurden gegen drei Stimmen abgelehnt. Das Vertrauen wurde dem Hauptvorstand gegen eine Stimme ausgesprochen. Die Errichtung einer Lehrlingschule wurde beschlossen.

Die Dienstagssitzung brachte den Höhepunkt der Tagung mit einem Referat des Genossen Professor Kölling - Frankfurt über **Wirtschaftsnot und Wirtschaftsgerundung.**

Von der Seite des Wissenschaftlers aus beleuchtete er die Entwicklung der Wirtschaft von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis heute und dachte die Fehlerquellen auf, die in ihrer Zusammenwirkung die total verfallene Situation von heute ergeben. Die imperialistische Epoche in Europa, die den Gründerjahre folgte, überschritt mit dem Kriege ihren Höhepunkt. Es folgte jener Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung, der das Schwergewicht immer mehr in die ehemaligen Abfallländer — Amerika an der Spitze — verlegte, die sich nun ihrerseits industrialisierten und das frühere Verhältnis umkehrten und zur Gegenkolonisation gegen Europa vorgehen. Der russische Bolschewismus, dessen Propaganda in Westeuropa abge-schlagen wurde, benutzte die nationalen Freiheitsregungen in Asien und Nordafrika, die mit der industriellen Entwicklung parallel gehen, für seine Zwecke. — Angesichts dieser Entwicklung wäre in Deutschland dem Inlandsmarkt eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken gewesen. Die deutsche Unternehmerschaft aber hat eine Entwicklung gefördert, die nur als ein Nervenweg bezeichnet werden kann. Neben der Inflationspolitik war besonders

### die Lohn- und Gehaltspolitik grundverfehlt.

Die Handelspolitik der Regierung in Verbindung mit dem Kartell- und Syndikatswesen trugen ihr übriges zur heutigen Wirtschaftsmisere bei. Diese Krise muß die Arbeiterschaft auf dem Posten finden. Sie muß verlangen, daß der Staat von der Industrie für seine Hilfe Gegenleistungen fordert, die im Sinne einer gemeinwirtschaftlichen Entwicklung liegen.

In der Debatte stellte besonders Kollege Schlimme vom ADGB die neuen Aufgaben der Gewerkschaften heraus. In seinem Schlußwort betonte Genosse Kölling besonders, daß die gewerkschaftliche Aufbauarbeit der mehr und zeitgemäße Revolutionarismus sei, daß die Arbeiterschaft zur ökonomischen Problematik vorzustoßen habe. — Der Verbandstag beschloß, das Referat Köllings als Broschüre herauszugeben. Ueber die

### wirtschaftliche Lage im Dachdeckerberufe

sprach Schmidt - Erfurt. Er hob besonders die Eigenart der Gliederung des Berufs hervor. Durch die noch immer daniederliegende Baumwirtschaft ist die große Arbeitslosigkeit in erster Linie verschuldet. Aber auch der große Prozentsatz Lehrlinge (20 Proz.) — auch älterer — trägt viel zur Ungunst der Lage im Beruf bei. Die Unternehmer versuchen dabei immer die „hohen Löhne“ als dem Gewerbe abträglich hinzustellen, während feststeht, daß auch die Dachdeckermeister zu jenen zählen, die sich nicht mit Verkriegspreisen zufrieden geben. Wahr ist, daß unsere Löhne nicht in dem Maße mitgestiegen sind und daß wir besonders als Saisonarbeiter ungünstig dastehen.

In der Debatte kamen besonders die oft geradezu ungeheuerlichen Mißstände im Lehrlingswesen zur Sprache. Genosse Sachs vom ADGB betonte, daß von einer Durchbrechung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen in absehbarer Zeit nicht die Rede sein könne. Stolzheim - Berlin ging besonders auf die Berliner Verhältnisse ein und brachte einen Antrag ein, in dem gegen die Zustände im Lehrlingswesen protestiert wird.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

## Aus der Partei.

### Fortschritte im Rheinlande.

Aus einem umfangreichen Bericht, den der Bezirksvorstand für die obere Rheinprovinz veröffentlicht, sind so recht die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten erkennbar, unter denen unsere Partei im besetzten Gebiete arbeiten mußte. Der Bericht erstreckt sich auf die Jahre 1924—1926. Nach dem Ruhrkampf war die Organisation bis auf 12 000 Mitglieder zusammengeschmolzen. Ende 1924 waren es wieder rund 18 000, darunter 3000 weibliche. Im Jahre 1925 liegt die Mitgliederzahl auf 22 500. Die Situation der Mitglieder war trotz der Not — werden doch 60 Proz. der Mitglieder als erwerbslos gemeldet, in einzelnen Orten bis 90 Proz. — verhältnismäßig gering. Uebertritte aus anderen Parteien waren im letzten Jahre allein 268 zu verzeichnen. Opfervolle Mitarbeit der Genossen im Bezirk bewirkt einen schönen Aufbau der Organisation. Während 1924 erst 200 Ortsvereine bestanden, zählt der Bezirk jetzt einschließlich des Saargebietes 360 Ortsvereine. In ebenso fortschreitender Entwicklung befinden sich die Frauen- und die Jugendbewegung. Eine äußerst rege politische Tätigkeit und Agitation spiegelt der Bericht über die Wahlen und die sonstigen Agitationsarbeiten wider. Dabei sind die Angaben über das Saargebiet besonders interessant. Es ist organisatorisch der beste Unterbezirk von den sechs im Bezirk bestehenden. Im Landesrat ist die Partei durch sechs (früher fünf) Genossen, in den Gemeinderäten und Kreisräten mit 47 Genossen vertreten. Der politische Kampf dreht sich dort mit größter Schärfe um die Gewährung der in allen Kulturländern bestehenden politischen Rechte und um die Abwehr der französischen Annexionsbestrebungen. Ein Verdienst unserer Partei ist es, wenn die einseitig französisch eingestellte Politik der Regierungskommission Plosto mochte. Ebenso schäferliche die Separatistenbewegung an dem Widerstande besonders der Arbeiter. Die Kommunisten haben im Saargebiet abgewirtschaftet, die Arbeiter wenden sich von ihnen ab; bei ihnen ist es still, während in unserer Partei ein reges Leben pulsiert.

Der Bezirksparteitag für Offiziere, der am Sonntag in Dresden tagte, nahm einen Referat des Genossen Arzt eine Entscheidung an, in der die politische Haltung des Bezirksvorstandes gebilligt und begrüßt wird, daß die politische Vertretung im Landtage auf die Genossen übergegangen ist, die auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen. Mit Befriedigung nimmt der Bezirksparteitag Kenntnis von dem Beschluß des Parteiausschusses, Sonderkonferenzen und andere Spaltungsgedanken mit allen organisatorischen Mitteln zu bekämpfen. Von der Parteigenossenschaft wird erwartet, daß sie sich rückhaltlos hinter diesen Beschluß stellt, um alle Angriffe auf die Einheit der Partei im Keime zu ersticken.

Eine weitere Entscheidung ruft die Parteigenossen und alle Republikaner zu energischer parlamentarischer und außerparlamentarischer Abwehr und zu gesteigerter Wachsamkeit gegen alle reaktionäre Pläne auf. Die Genossen Arzt und Edel wurden als Vorkämpfer einstimmig wiedergewählt, ebenso familiäre anderen Funktionäre.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stapelungen für die Arbeit sind Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2.

1. Kreis Mitte. Sitzung, Elternbeiträge und Abteilungsbeiträge! Freitag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5, Besprechung über die kommenden Elternbeiträge. Anwesen von Eltern, deren Kinder das Berliner Gymnasium und die Realhöfe besuchen, sind an den Genossen August Schmal, Friedrichstraße 22, einzuladen.
2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Krügerhof, Tiergartenstr. 26, Sitzung (sämtlicher Ausschüsse des Kreises). Vortrag: „Die Elternbeiträge“. Referent Dr. Kurt Eisenstein, R. d. H. Alle Funktionäre müssen bestimmt erscheinen.

4. Kreis Wilmersdorf. Die Genossen beteiligen sich kostenlos an der Veranstaltung der Freien Schulkommende am Freitag, den 14. Mai, im Alterheim Dönhofsstr. 63 und bringen alle Freunde und Bekannte mit.

14. Kreis Wilmersdorf. Freitag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Vermögensberatungsdirektion, 2 eine Funktionärenkonferenz statt. Es scheinen alle Genossen unbedingt erforderlich. — Kreis Wilmersdorf: Freitag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Volksversammlung der Elternbeiträge, Realhöfen, Friedrichsberg und Kinderheim im Realhöfen-Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße. Thema: „Die Elternbeiträge“.

15. Kreis Wilmersdorf. Sonnabend, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung der Realhöfen mit den Elternbeiträgen im Realhöfen, Zimmer 17.

### heute, Donnerstag, den 13. Mai:

25. Abt. Wilmersdorf, Elternbeiträge! Sofort die Wahlverpflichtungen für die Realhöfen beim Genossen Eisenstein, Tiergartenstr. 11, abholen. Die Wahlverpflichtungen von 5 bis 7 Uhr in den Schulen abholen. Auf die nächste Seite im „Vorwärts“ achten.

26. Abt. Wilmersdorf, Familienrat, Besuch des Realhöfenheimelms Wilmersdorf am Realhöfenheim. Treffpunkt vormittags 9 Uhr im Realhöfenheim, Kaiser-Friedrich-Straße (Tramway).

### Morgen, Freitag, den 14. Mai:

4. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr veranstaltet unsere Arbeiternorm im Rahmen der Herbergschule einen Vortrag mit Bildnissen in der S.-J.-Schule, Dönhofsstr. 13. Die Genossen und Genossinnen sind herzlich eingeladen. 14. 15. 16. 27. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr, Volksversammlung der Elternbeiträge in der wilmersdorfer Schule Dönhofsstr. 63. Sitzungsnahme zur Elternbeiträge.

23. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr in der Schulaula Dönhofsstr. 24 Versammlung der Realhöfen im Realhöfenheim. Vortrag von Genossen mit Bildnissen 101. und 102. Abt. Wilmersdorf, Familienrat. Sitzung des Familienrats in der Vermögensberatungsdirektion, 2 abends 7 Uhr.

105. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Realhöfenheim, Vortrag: „Das Realhöfenheim“. Referent: Wilhelm Richter. 106. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Realhöfenheim, Vortrag: „Das Realhöfenheim“. Referent: Wilhelm Richter. 107. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Realhöfenheim, Vortrag: „Das Realhöfenheim“. Referent: Wilhelm Richter.

### Sonnabend, den 15. Mai:

Abt. 12a Wilmersdorf, 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im Jugendheim. Alle Mitglieder müssen anwesend sein.

Jugendlichen. Gruppe Wilmersdorf: Freitag abends pünktlich 8 Uhr spricht Genosse Haupt über „Das kommunistische Manifest“. — Gruppe Wilmersdorf: Freitag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Realhöfenheim, Kaiser-Friedrich-Straße 6, Kulturhistorische Vortragsveranstaltung. Unerbittliches Schreiben erforderlich. — Gruppe Wilmersdorf: Freitag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, in der Schule Dönhofsstr. 24, Arbeiterversammlung. Referent: Dr. Kurt Eisenstein.

Gruppe Wilmersdorf: Freitag 7 Uhr im Jugendheim Dönhofsstr. 24, Vortrag: „Das Realhöfenheim“. Referent: Wilhelm Richter. Treffpunkt 6 Uhr bei Genossen Eisenstein.

Bereitigung sozialdemokratischer Studenten. Sonnabend, den 15. Mai, Versammlung: nach Veranlassung. Treffpunkt nachmittags 4 1/2 Uhr. Treffpunkt abends 10 Uhr abends. Treffpunkt an Post, Luisenpark 12a.

### Frauenveranstaltungen am Freitag, den 14. Mai:

7. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr bei Köhler, Dönhofsstr. 24, Vortrag: „Die Stellung der Frau in der Wirtschaft“. Referent: Anna Schmal. 28. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Realhöfenheim, Dönhofsstr. 63, Vortrag: „Frauenarbeiten“. Referent: Dr. Kurt Eisenstein.

Abteilung Wilmersdorf der Arbeitervereine Groß-Berlin. Sonntag, den 16. Mai, findet der Arbeitervereine-Wochen mit dem Hauptzweck im Wilmersdorf im Realhöfenheim. Abends 7 Uhr nachmittags 7 Uhr. Abends 7 Uhr nachmittags 11 Uhr vom Realhöfenheim.

Abteilung Wilmersdorf der Arbeitervereine. Christkindern: Alle Kinder müssen sich am Sonntag beteiligen. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr am Bahnhof Charlottenburg. Eltern herzlich willkommen.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wilmersdorf. Kameradschaften für die nächsten Ferienfahrten nach Thüringen bzw. Sächsischer Schweiz werden nach im Sekretariat entgegengenommen. Für Kameradschaft. An einem Sonntag von Charlottenburg, Charlottenburg, am Dienstag, 18. Mai, im Realhöfenheim, Dönhofsstr. 63, sind Karten zum freien Eintritt im Sekretariat zu haben. Wilmersdorf, Wilmersdorf: Freitag, den 14. Mai, abends 7 Uhr, Aufkommenkunft im Realhöfenheim des Jugendvereins Dönhofsstr. 24.

### heute, Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrt):

Realhöfenheim: Sozialrat. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr bei Realhöfenheim. — Wilmersdorf-Mitte: Nachmittags 1 1/2 Uhr Treffpunkt Sommerplatz. — Wilmersdorf-Mitte: Nachmittags 1 1/2 Uhr Treffpunkt Sommerplatz.

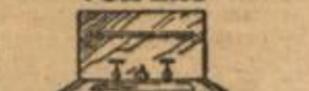
Wilmersdorf-Mitte: Treffpunkt der Arbeitervereine-Wochen. Treffpunkt 10 Uhr nachmittags Sommerplatz bei Dönhofsstr. 63.

### Morgen, Freitag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Wilmersdorf I: Schule Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf II: Gemeindefest am Realhöfenheim. Vortrag: „Wilmersdorf und wie man es macht“. — Wilmersdorf III: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf IV: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf V: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf VI: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf VII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf VIII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf IX: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf X: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XI: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XIII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XIV: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XV: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XVI: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XVII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XIX: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. — Wilmersdorf XX: Jugendheim Dönhofsstr. 24. Vortrag: „Unser Wilmersdorf“.

Abt. Wilmersdorf: Freitag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Unser Wilmersdorf“. Referent: Wilhelm Richter. Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Köhler, Dönhofsstr. 24.

## Mieten Sie von uns



## Waschmaschine

in 6 Monaten Ihr Eigentum! Auf Wunsch auch Reparatur!

## Raddatz & Co

Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.

## Metallbetten

Sechsmatratzen, Kinderbetten, etc. in Holz, Kal. 600 fr. Eisenbettenfabrik Suhl Thür.

# BAD KUDOWA

Heilt Herz u. Nerven

wirkt bei Erholungsbedürftigen und Rekonvaleszenten

Wunder

Denken von 5 Mark täglich an.

Drofpunkte durch Reifeburo und Badeverwaltung

## Wir.

Wir sind es, die lähn vorwärts schauen,  
Wir, die am Werk der Zukunft bauen.  
Wir sind es, die das Welttrad treiben,  
Wir, die mit ihrem Blute schreiben  
Das neue Werde  
Der Erde.

Wir sind es, die das Eisen schmieden,  
Wir Kämpfer für den Völkerverbunden.  
Wir sind es, die nach Sternen greifen,  
Wir, die im Licht der Zukunft reifen  
Zum neuen Werde  
Der Erde.

Wir sind es, die noch glücklos werden,  
Wir, die in grauen Hütten sterben.  
Wir sind es, die noch Ketten tragen,  
Wir sind es, die das Leben wagen  
Um's neue Werde  
Der Erde.

Wir sind es, die aus schwarzen Schächten,  
Wir, die aus elendschwangren Nächten  
Empor zum Licht der Sonne steigen.  
Uns ist der Zukunft Krone eigen  
Im neuen Werde  
Der Erde

Karl Denjched. Tischer.

## Himmelfahrt.

Von Bruno Schönant.

Der revolutionäre Prophet fuhr auf seinem Wagen mit feurigen Rössen zum Himmel, die christliche Welt ließ ihren Stifter auf hochschwebenden Wolken sich der Erde erheben, während die modernen Menschen mit Raketen in rasend schnellem Flug den Weltensraum säumen wollten. Wer weiß, wie lange, und der lähne Traum wird zur Wirklichkeit. Jetzt aber kann sich nach Reinigung der Gläubigen nur die körperlose Seele in den Himmel schwingen und doch vermöglicherweise in diesem Sommer zu bleiben, denn das Reisebillet wird erst nach dem Tode verabsolgt. So schwärmen sie von dem himmlischen Paradies und können ihre Sehnsucht danach kaum bändigen, laufen aber ängstlich zum Doktor oder Quacksalber, wenn auch nur die geringsten Anzeichen einer Krankheit sich bemerkbar machen. Die Erde mit ihren Freuden und Weiden hält sie fest. Das Blühen einer Blume, das Lächeln eines Kindes, verlebtes Träumen, der gefüllte Fließtopf, das volle Glas, ja, das nur leben und atmen können, sie empfinden es auf einmal mit einer Stärke, daß sie den Tod mit allen Mitteln hinauszuhalten versuchen. Am liebsten schlügen sie den Tod gleich ganz tot, um sich über das Paradies keine Kopfschmerzen mehr machen zu müssen. Als Sehnsucht nach dem Himmel entspringt ja dieser Angst vor dem Nichtmehrsein, dem nicht mehr denken können, träumen und arbeiten können, ausgegüßelt sein für immer von diesem Stern, den wir lieben. Und dieser Himmel soll dazu noch die Erfüllung aller Wünsche und Sehnsüchte bringen, die das Leben nicht gab. Und die Gerechtigkeit bringen, die auf Erden zu erkämpfen die Menschen nicht stark genug waren. Darum das Suchen nach einem Beweis für das Fortleben nach dem Tode, der Hofuspokus der Spiritisten. Jeder das eigensinnige Fortleben nach dem Tode ist beim besten Willen nichts aus der masträtierten Geisteswelt herauszubekommen, und so kann man es niemand verdenken, daß ihm der sichere Erdenpaß lieber ist als die ungewisse Himmelsreise. Diese Erkenntnis setzt sich allmählich immer mehr durch, und so wird es wohl keine Jahrhunderte mehr dauern, daß man endlich die Erde selber zum Schauplatz des Paradieses macht. Mögen noch die fanatisierten Mohammedaner ihr Leben in der Schlacht wegwerfen, um schnurstracks in ihren erotischen Himmel mit den verführerischsten üppigen Huris zu gelangen, mögen noch Millionen und abermals Millionen sich geduldig kuscheln und selbe die Ungerechtigkeit ertragen, um dafür dort oben um so herrlicher entschädigt zu werden. Diese Rechnung ist erbärmlich.

Das Symbol der Himmelfahrt ist unserer Zeit der Stahlwerk und Flugmaschinen und brandenden Energien fremd geworden. Der neue Mensch weiß Himmel und Hölle in seiner Brust. Geburt, Auferstehung und Ausgiehung des Geistes — sie sind Symbole, die wir verstehen und mitfühlen. Doch das Entrücktsein zu seligen Himmeln bewegt uns nicht mehr. Unser Rhythmus ist Eroberung und Kampf. Wir wollen diese Erde uns erkämpfen und zum Stern der Gerechtigkeit machen, und wenn sie uns zu eng wird, uns himmelführend neue Gestirne erobern.

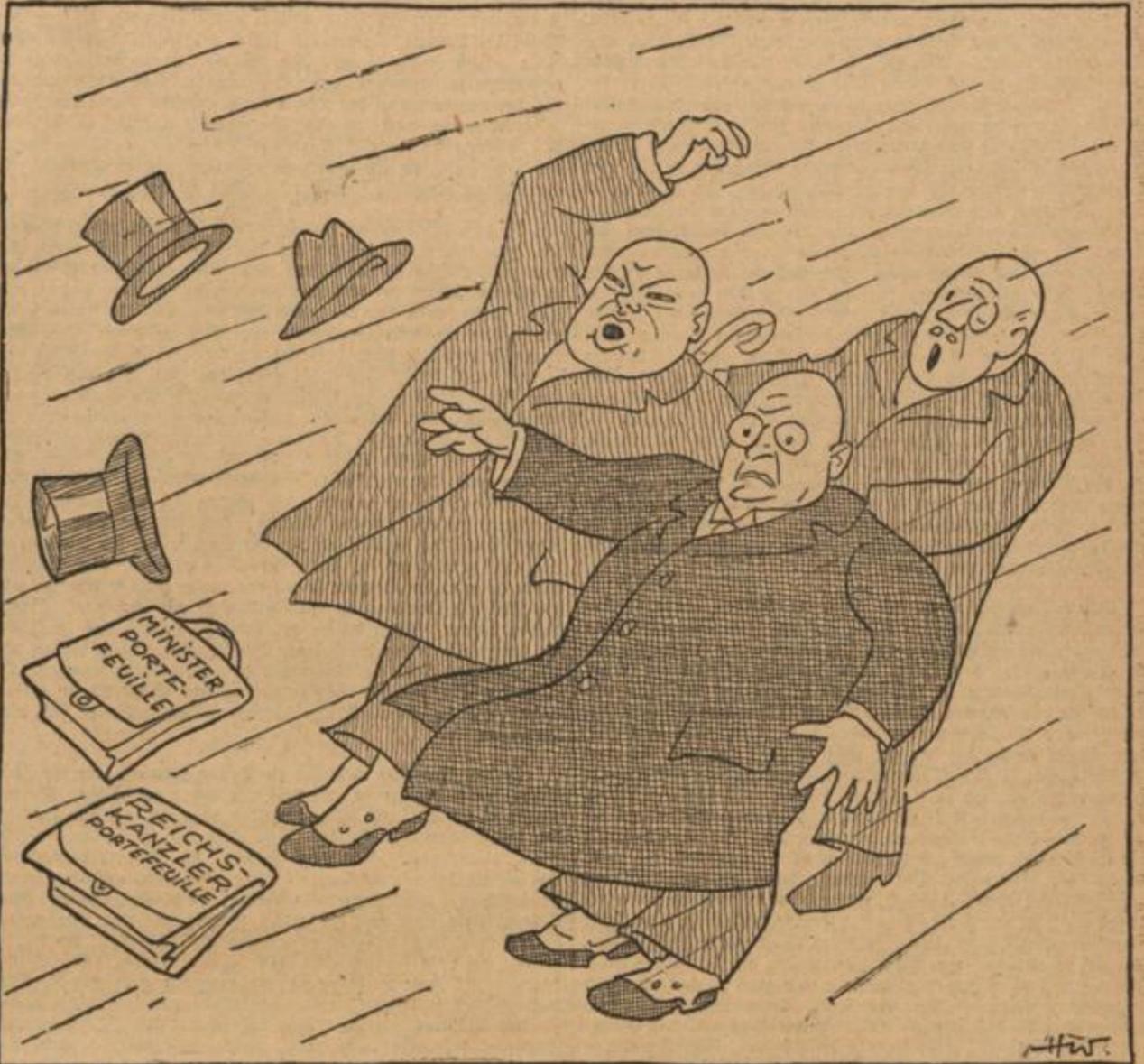
## Der Schlüssel.

Von Gottfried Köhler.

Seit Jahren hing der Briefkasten als rotes, längliches Biered an der Gangtür und ließ gähnte monotones Dunkel durch die Lücken am unteren Ende wie unter Zähnen hervor. Unterbroch aber ein Brief oder eine Karte das Dunkel, so wanderte der kleine Schlüssel, der in regloser Schmalheit stets am Türgerüst hing, in das Schlüsselloch und kehrte nach zweimaliger Umdrehung, erst auf, dann zu, wieder zurück an den ewigen Nagel.

Da geschah es nun eines Tages, als eben ein Brief angekommen war, daß der Schlüssel nicht mehr an seinem Plage hing. Die Inhaberin der Wohnung, Anna Schopf, eine schon ziemlich bejahrte, aber noch rüstige Frau, sah nach, ob er nicht aus Versehen am Kasten stecken geblieben sei, und griff dann immer wieder mit ihren von Arbeit fast hornhautig gewordenen Fingern an den letzten Nagel. Ja, es war ihr unfaßlich, daß der seit Jahren hier hängende Schlüssel plötzlich nicht mehr da sein sollte. Vielleicht sei er heruntergefallen, dachte sie, und da es dunkel war, griff sie alle Fugen und Winkel ab. Doch vergeblich. Selbst eine herbeigebrachte Kerze vermochte ihn nicht ans Licht zu bringen.

Ohne nun irgendwie zweifelnd zu überlegen, mit einer bei vielen Frauen von vornherein überzeugten Gewißheit, schob Anna Schopf die Ursache des Verlustes ihrem Dienstmädchen zu. Amalie Wirth, noch nicht neunzehnjährig, war die Tochter eines kleinen Beamten und hatte weder Vater noch Mutter mehr. Zuerst war sie in das Haus ihres Vormundes, eines geizigen Schreinermeisters, gekommen, und dann, als sie erwachsen war, zu Anna Schopf, die in einem



Seht, die Flaggakrobaten  
Sind in einen Sturm geraten.  
Eben waren sie noch fest.

Alles wurde weggeblasen,  
Was sie kürzlich noch besaßen,  
Und das Portefeuille ist weg.

fernen Verwandtschaftsverhältnis zu ihr stand. Hier sollte sie mithelfen bei der Arbeit, kochen, scheuern, und weil Frau Schopf fast alle Zimmer ihrer Wohnung an Untermieter abgegeben hatte, die Betten aufrütteln, Waschwasser wechseln, abstauben, putzen, kurzum alles tun, was in einer Wohnung täglich bis zum Ueberdruß geschieht. Von Jugend auf an Arbeit gewöhnt und fleißig, tat Amalie auch alles ohne Widerspruch, ergeben in ihr Schicksal. Freilich dachte sie dabei, zumal sie immer mehr in die verlangenden Jahre ihrer jugendlichen Fülle wuchs, manchmal an Dinge, die den Geist aller schwellenden Mädchen bewegen und so süß scheinen, wie nichts sonst auf der Welt. Dichter erzählen von Rittern, die auf Wolken durch den Himmel jagen, von staunenden Mädchenaugen und Händen, denen oft plötzlich die Arbeit entfällt. . . Wenn aber Frau Schopf mit den Fingernägeln durch die Ritzen der Möbel fuhr, um nach Staub zu suchen, wie schrie sie da das Mädchen aus goldenem Traum! Eilig war doch alles erwachen: der Waschkübel war noch nicht gefüllt, die Teekanne trug Flecken am Bauch, ein Köffel war nicht ganz sauber oder das Kissen im Bett nicht wie ausgemessen hingelegt; manchmal lief die Milch über und das Schmelz in der Pfanne fing zu stinken an. Dabei flogen natürlich die Schell- und Fluchworte immer kräftiger um Amalies Ohr und schließlich mußte sie oft hören, sie sei ja nicht einmal das Essen wert, denn geschweige den Lohn! — Noch heftiger aber ging es heute zu, als Amalie bemerkte, sie habe den Schlüssel seit Wochen überhaupt nicht berührt, und Anna Schopf erbot sich derart (zumal ein Mieter erzählte, der Schlüssel sei noch am Morgen an seinem Platz gehangen), daß sie mit Häuten auf Kopf und Rücken des Mädchens einschlug und diesem immer wieder ins Ohr rief: „Du, nur du bist schuld an diesem Mierger. Der Teufel soll dich holen! Zu etwas Besserem bist du doch nicht auf der Welt!“

Vor Einbruch der Nacht, überdrüssig solchen Daseins, verließ das Mädchen in ihren Sonntagkleidern die Wohnung. Gepackt mit einer großen Schachtel, in der sie alle ihre Habfestsigkeiten, von der Schlafhaube bis zu den Pantoffeln, verpackt hatte, wanderte sie in das dämmernde Dunkel einer langen Straße hinein. Wo sie nächtigen sollte, wußte sie noch nicht. Unter blühenden Kastanienbäumen, als eben die ersten Gaslampen aufleuchteten, setzte sie sich auf die Bank. Ausruhen wollte sie in der milden Weisheit, überlegen, wo sie unterkommen könne. Sie hatte schon des Bieren von einem Gasthof gehört, in dem gewöhnliche Leute vom Bande blieben, weil dort alles einfach und billig sei. Morgen früh, so sagte sie den Entschluß, werde sie sich dann nach einer neuen Stelle umsehen, und so schien alles seinen geraden Weg zu gehen.

Doch als Amalie, fest entschlossen, eben die Bank verlassen wollte, um dem Gasthof „Zur goldenen Rose“ zuzusteuern, da trat von hinten her, ein junger Mann zu ihr und setzte sich neben sie auf die Bank. Er war groß gewachsen, von stattlicher Figur. Seine gute Kleidung, seine Handschuhe und Lackstiefel schienen den sogenannten Herrn besseren Standes zu verraten. Diese Vermutung bestärkte sich in Amalie, die ansangs erschrocken und errötet war, um so mehr, als der Fremde mit ihr zu sprechen begann. Seine Rede war sicher und ohne Dialekt. Dabei schlug ein freundlicher, betörender Ton in seiner Stimme auf, besonders, wenn er von allem möglich Schönen der Großstadt erzählte: Bar, Kabarett, Theater, Tanz bis zum grauen Morgen, Ausläge, Hotelterrassen, Konditoreien, Laubengänge im Park. . . All dies war Amalie unbekannt. Die Schön-

heit der Welt überkam das Mädchen so traurig, daß es, ohne sich vor dem Fremden zu bezwingen, fast starr vor sich hinsah. Der Herr brauchte nur zu fragen und mit dem Vertrauen eines noch unberührten Mädchens schüttete die Heimatlose alles heraus, was drückend in ihr lastete. Wie von einem Bruder nahm sie alle Tröstungen hin und fühlte sich rasch mit ihm verbunden. Sein Angebot, die Schachtel von einem Pächter in den Gasthof bringen und dort ein Zimmer bestellen zu lassen, nahm sie ohne Widerstreben an. All diese Freundlichkeiten taten ihr wohl. Sie sah lächelnd zu ihm auf. Er aber, mit einer verdeckten Gedärde, nahm sie unter den Arm und führte sie hinein in die aus allen Lichtern fackelnde, von Menschen durchwirbelte, bunte Nacht.

Indessen war es Sommer geworden und Herbst, und Frau Schopf hatte wohl schon Amalie ganz vergessen, da fand sie eines Tages, als sie eben einen Knopf annähnte, in der Hofentasche eines Mieters einen Schlüssel, der ziemlich klein war und einen scharf gefeiltten Bart trug. Mit einemmal dachte Frau Schopf wieder an den Schlüssel des Briefkastens. Obgleich sie aber auch sofort einsah, daß es sich hier um einen ganz anderen Schlüssel handeln mußte, denn er war ja viel größer als jener zum Briefkasten, so machte er ihr doch wider alles Erwarten viel zu schaffen. Neugierig, wie sie war, probierte sie den Schlüssel heimlich an den Koffern des Mieters, an seinem Waschkübel, überall, wo ein fremdes Schloß war, aber stets ohne Erfolg. Immer wichtiger kam ihr nun dieser Schlüssel vor, und weil sie über den Studenten, den seine Eltern an eine der oberen Klassen des Gymnasiums hierher gebracht hatten, eine Art mütterliche Aufsicht zu führen hatte, fragte sie ihn, gleich nach seiner Heimkehr, zu welchem Schloß dieser Schlüssel gehöre. Der Junge war augenblicklich verlegen, und als Frau Schopf, sehr erstaunt darüber, keinen Blick von ihm wandte, errötete der Gefragte sogar und sagte, es werde wohl der zur Schulgarderobe sein. Frau Schopf möchte ihn doch herzeigen. Natürlich sei es der Schlüssel zur Schulgarderobe! bestimmte er, und schob ihn, etwas hastig, in die Tasche.

Als der Junge an einem schulfreien Nachmittage, seinen Freund zu besuchen, schloß auch Frau Schopf die Wohnung hinter sich. Sie wollte scheinbar Einkäufe besorgen, folgte aber in Wirklichkeit, seit dem Schlüsselfund voll Mißtrauen und Reugierde, dem Studenten auf jeder Spur. Durch Straßen und Gassen, immer im gemessenen Abstand, ging sie dem Jungen nach. Wenn er um eine Ecke verschwand, bereite sie sich, ihn wieder einzuholen, blieb er aber irgendwo stehen, staute auch sie den Schritt, machte sich vor irgendeiner Auslage zu schaffen oder suchte im Gemüß der Menschen zu verschwinden. Schon fühlte sie sich müde werden, da bog der Junge nach kurzem Stehenbleiben, wie um nachzudenken, plötzlich in eine Gasse ein und verschwand in einem unscheinbaren Haus. Kur mit Aufwendung aller Kraft und größter Vorsicht war es der Alten gelungen, den Studenten nicht aus den Augen zu verlieren. Klopfenden Herzens und an beiden Beinen zitternd, blieb sie reglos im Hausflur stehen. Deutlich unterschied sie, wie der Junge bis ins vierte Stockwerk hinaufstieg. Vergeblich wartete sie auf das Läuten einer Klingel, und ehe sie es dachte, fiel schon eine Tür klappernd ins Schloß. Da wurde es der Alten klar: Der Junge hatte selbst geöffnet. In dieses Schloß gehörte der Schlüssel.





**Theater Lichtspiele**  
div.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
am Königplatz  
7 Uhr: Carmen  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Medea  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Kyrill-Pylitz

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:

**Aida**  
Abonn-Turnus I

**Deutsches Theater**  
Norden 103/4-38  
8 Uhr:

**Unsere Kinder**

**Hammerspiele**  
Norden 103/4-38  
8 Uhr:

**Week-end**  
(Über'n Sonntag)

**Die Komödie**  
Bismarck 244, 251  
8 Uhr:

**Viktoria**

**Theat. c. Westens**  
8 Uhr:

**Gräfin Mariza**  
Operette v. Kálmán  
50 Pf. bis 6 Mark  
(Keine Bonn)  
Heute nachm. 4 U.  
Gräfin Mariza  
Halbe Preise!

**Central-Theater**  
Uhr: Eva Roubear  
Ilka Grünitz

Th. in d. Klosterstr.  
8 U.: Als ich noch  
im Flügelkleide...

**Lessing-Th.**  
8 Uhr:  
Gastspiel d. Salzen-  
burgs Bühnen

**D. fröhliche  
Weinberg**

**Kleines Th.**  
8 1/2 Uhr:  
Irrgarten  
der Liebe

**INTERNAT.  
Varieté**  
8 Uhr

Himmelfahrt:  
2 Vorstellungen  
3<sup>te</sup> zu ermäßig.  
Preisen  
Theaterkasse:  
Lützow 7557

**Trianon-Th.**  
**Alraune**  
v. Hans Heinz Ewers  
Vorzeiger dieses  
Jahrs

**50 Prozent**  
des Kassapreises!

Jarowsky-Bühnen  
Theater  
Königsgrätz-Str.  
7 Hasenheid 2117  
8 Uhr:

**Dr. Schmidt**

**Comödienthaus**  
Jes.: Norden 004  
8 Uhr

**Der Garten Eden**

**Die Trübsal**  
Tel.: Wilmers 3269  
8 1/2 Uhr

**Der Rubikon**

**Inserate im  
Vorwärts**  
Sichern Erfolg!

# Feder

Zum **Pfingst-Fest**



## neue Kleidung auf Kredit

Brunnenstraße 1  
Frankfurter Allee 350  
Kottbuser Damm 103  
Charlbg., Scharrenstr. 5



## Jhr Badezimmer

blitzt vor Sauberkeit, wenn Sie VIM zum Reinigen seiner Einrichtung nehmen. Wunderbar leicht ist das Arbeiten mit VIM, das keine Säure enthält und weder schmiert noch kratzt. VIM putzt alles: Metall, Porzellan, Steingut und Holz. Prätig reinigt es auch nach schmutziger Arbeit Ihre Hände.

Preis der handlichen Streudose 30 Pfg.

V9



**Volksbühne**  
Theater am Südlplatz Th. an Schiffbasardamm  
7 1/2 Uhr: 8 Uhr:

**FAUST Die Freier**  
Morgen 8 Uhr: 8 Uhr:  
Judith Die Freier.

**Großes Schauspielhaus**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Alt-Heidelberg**  
Gastspiel Alfred Braun  
Verlängert bis 31. Mai 1926

**Schauburg**  
Königsgrätzer Strasse 121  
Telefon: Zentrum 9004.

**Das gewaltige Filmwerk  
Panzerkreuzer  
Potemkin**

Fernseh:  
**Die grosse Bühnenschau**

**Beginn der Vorstellungen**  
täglich 5<sup>30</sup>, 7<sup>15</sup>, 9 Uhr  
Donnerstag ab 4 Uhr Nachm.  
Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr.

**Komische  
Oper**  
8 1/2 Uhr:  
Dir. James Klein  
**Berlin  
ohne  
Hemd!**  
Die gewaltigste  
REVUE  
200 Mitwirkende  
Sommerpreise

**Circus Busch**  
Letzter Spielmonat!  
3 Uhr | Himmelfahrt | 7 1/2 U.  
2 Vorstellung

In beiden Vorstellungen:  
mit radm. 1 Uhr: Das tolle Akrobatensystem mit  
Labéro der Tierhypnotiseur  
4 Bonelly's, die gr. Luft-Sensation:  
und spektakül. Das tolle Hänge-Trikoll  
Es klappert die Wölfe von Sanssouci

**Puhlmann** Film und Bühne  
Berlin, Schönhauser Allee 145

Das Tagesgespräch Berlins  
**Panzerkreuzer Potemkin**

Heute Beginn 4<sup>30</sup> Uhr  
Wochentags 6<sup>45</sup>

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr und Sonntags  
nachmittags 3 Uhr

**Sietzinger Sänger**  
Kra! „Ein Hansball bei Meyer“  
Berliner Soloisten von Meyer  
Hahn, tolle Preise, volle Pannone  
Dönhoff-Bretti (Süd u. Nord)  
Varieté! - Konzerte! - Tanz!

**Rennen zu Grunewald**  
Donnerstag (Himmelfahrt), 13. Mai  
nachmittags 3 Uhr

**Deutsches  
Könnstl.-Theater**  
8 Uhr:  
Ein Walzertraum  
Th. u. Kurfürstendamm  
Tägl. 8 Uhr:  
Rebuhn od. Die  
neue Fassade  
Wallner-Theater  
8 Uhr:  
Der heilige Brunnen  
Blanco Posneta  
Erweckung  
Metropol-Theat.  
Gastsp. des Th. am  
Kurfürstendamm.  
8 1/2 Uhr: Die  
Nacht der Nächte

**Residenz-Theat.**  
8 1/2 U.: Verbotene  
Küsse  
Eugen Rex, Metelka  
Pr.: 75 Pf. bis 4 M.

**Casino-Theater**  
Gr. Preisabbau:  
Karten v. 50 Pf. an  
bei 1 Ugl. 8 Uhr fest!

**Das Recht  
auf Arbeit**  
Dazu das neue  
Mal-Programm!

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr: Lilli und  
heiraten

**Luna-  
Park**

**Krause-  
Pianos**  
zur  
Miete  
Ansbacher Str. 1,  
für Familienmusik

**Nerven!**  
leiden, Schließung,  
krit. nervöse Beru-  
Wagenbewerber  
„Halbmonat“  
ble nichtlichte We-  
blyin zur Keren-  
beruhigung und  
Stärkung. Große  
Erfolge seit 30 Jah-  
ren. Fl. 28. 2.50  
In Drogerien und  
Apotheken, auch bei  
Otto Reichel, Berlin  
SO, Eilenhofstr. 4

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Verwaltungsmittglieder!  
Freitag, den 14. Mai, abends 7 Uhr:  
Sitzung  
der mittleren Ortsverwaltung.  
Die Ortsverwaltung.

**Schenkt  
Bücher zu jedem  
Fest!**  
J. H. W. Dietz Nachf., G.m.b.H.  
Lindenstraße 2.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

## Meine Pfingstangebote

in fertiger Herren-Kleidung!

Der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, bringe ich mit diesem Angebot außerordentlich niedrige Preise. Es empfiehlt sich, von dieser günstigen Kaufgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Meine Läger sind reich sortiert in moderner Herren- und Jünglings-Kleidung.

**EINIGE BEISPIELE:**

Farbige Herren-Anzüge	Mk. 29.-	39.-	49.-	65.-
Blaue Herren-Anzüge	Mk. 39.-	54.-	68.-	75.-
Herren-Sport-Anzüge	Mk. 29.-	39.-	56.-	69.-
Herren-Sommer-Mäntel	Mk. 39.-	49.-	59.-	75.-
Jünglings-Anzüge in glatt oder Sport	Mk. 19.-	29.-	33.-	39.-
Knaben-Anzüge verschiedene Fassons	Mk. 9.-	14.-	18.-	24.-

Zwischen Oranienplatz u. Adalbertstraße **Oswin Koutzky** Hochbahn Kottbuser Tor  
Berlin SO, Oranienstr. 166

Heute **Himmelfahrt**  
In vollem Betrieb  
Eintr. nur 70 Pf.  
Zwergenstadt  
„Liliput“  
Zauberbrunnen  
Auto-Rennbahn  
u. a.

**Konzerte**  
des Philharmonischen  
Blas-Orchesters  
Die Wasser- und  
Farben-Fontäne  
Das weltberühmte  
Brilliant-Feuerwerk  
Alle Betriebe  
im Zeichen des  
Preisabbaus

**Theater a. Kottb. Tor**  
Tägl. 8 Uhr  
**Elite-  
Sänger**  
Baumbühne  
In Werder

**Neues Th. am Zoo**  
Tägl. 8 Uhr

**Der alte Dessauer**  
perette in 3 Akten  
Charlé Vespermann  
Falk, Kiper, Oodau,  
Straaten, Hainisch  
Pyvise 0.50 bis 6 M.

**Stellenangebote**  
finden im Vorwärts  
beste Beachtung!

**Kredit**  
mit kleinster Anzahlung

**Garderobe**  
für  
Damen, Herren u. Kinder

**Kredithaus Anders**  
Reinickendorfer Straße 16,  
größtes Haus am Neße/beckplatz  
am Bahnhof Wedding

**Riesen-Möbel  
Auswahl**  
Bequemste  
Ratenzahlung.